

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Dienstag, 10. Dezember 2024, 19.30 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz	Gemeindepräsident Walter Lipp
Protokoll	Gemeindeschreiberin Andrea Bertolosi
Anwesend Gemeinderat	Walter Lipp Barbara Schmid-Häseli Sonja Zeberg-Langenegger Zari Dzaferi Mark Gustafson Vital Hotz Hans Küng
Stimmenzähler	Edna Wyss (Obfrau) Stefan Bürgler Marcel de Sepibus Martin Lenz
Anzahl Anwesende	269 Stimmberechtigte 11 Gäste
Zeit	19.30 –22.00 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 11. Juni 2025.

Das Protokoll kann im Internet unter www.baar.ch eingesehen werden.

Begrüssung

Walter Lipp, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Werte Gäste

Ich darf Sie im Namen des vollzählig anwesenden Gemeinderats ganz herzlich zur Budget-Gemeindeversammlung hier im Gemeinssaal willkommen heissen. Es freut uns, dass Sie so zahlreich der Einladung gefolgt sind. Wie Sie feststellen dürfen, haben wir ein neues Gemeinderatsmitglied unter uns. Am 24. November wurde Vital Hotz in den Gemeinderat gewählt. Heute war die Vereidigung, er hat seine erste Gemeinderatssitzung erlebt. Vital ist unser neuer Schulpräsident. Mark Gustafson übernimmt die Abteilung Finanzen / Wirtschaft und sonst bleibt alles, wie es war. Vital, herzlich willkommen bei uns und viel Freude und Befriedigung in Deiner neuen Funktion. Dir Mark danke ich für die Ausübung des Doppelmandats recht herzlich und wünsche Dir eine gute Finanzhand.

Seit der letzten Gemeindeversammlung vom 12. Juni 2024 ist wieder einiges gelaufen. Auch in der RGPK ist es zu Wechsel gekommen. So wird ab dem 1. Januar 2025 Daniel Eichenberger Präsident und Jonas Utiger neues Mitglied der RGPK. Zum heutigen Präsidenten Thomas Gwerder kommen wir später. Wir gratulieren Daniel und Jonas zur Wahl und wünschen auch ihnen viel Befriedigung in ihrer neuen Funktion.

Nach der Rechnungsgemeinde haben wir auch feiern dürfen: 50 Jahre Schule Inwil, das Innenschweizerische Musikfest, 150 Jahre Gemeindetrennung, 10 Jahre Jazz in Baar, die Eröffnung des Neubaus der Schulanlage Sternmatt 1, der FC Baar ist Meister geworden, die Sportler-Ehrung durften wir durchführen und schöne Anlässe wie die 1. August-Feier, das Dorffest, die Chilbi und der Christchindli-Märt. An der Urne hat der Baarer Souverän den Bebauungsplänen Unterfeld und Rigistrasse/Bühlplatz zugestimmt. Abschied nehmen mussten wir vom ehemaligen Gemeindepräsidenten und Ständerat Othmar Andermatt. Er ist am 3. August im Alter von 102 Jahren verstorben. Othmar hat viel für die Gemeinde Baar und die ganze Region geleistet und verdient unseren Dank und unsere Anerkennung. Wie es Tradition ist, bitte ich Sie, sich zu erheben und Othmar still zu gedenken.

In den Medien wurde über das Zivilstandsamt geschrieben. Leider wurden Unregelmässigkeiten festgestellt und so muss uns der Kanton unterstützen. Uns sind nicht die Aufgaben entzogen worden, sondern wir hatten keine Person mehr, die beurkunden konnte. Im Moment sind wir auf der Suche nach Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten, damit wir wieder handlungsfähig werden. Es sieht gut aus und wir haben schon mündliche Zusagen erhalten. Wenn man die Situation der umliegenden Zivilstandsämter anschaut, sieht man, dass es eine sehr grosse Nachfrage nach diesen Personen gibt. Zum laufenden Strafverfahren können wir sagen: Es hat keine Bereicherung stattgefunden und es ist niemand zu Schaden gekommen. Wir sind auch sehr dankbar für die Unterstützung des Kantons.

Ihr habt sicher auch alle gesehen, dass der Christbaum abgebaut wurde. Dies aus Sicherheitsgründen, weil es zu gefährlich gewesen wäre. Morgen können wir wieder die Adventszeit geniessen und es wird ein neuer Baum aufgestellt.

Heute Abend haben wir fünf Traktanden, die wir behandeln müssen. Von der Presse darf ich von der Baarer-Zeitung Ernst Bürge und von der Zuger-Zeitung Tobias Söldi ganz herzlich begrüßen. Ich danke bereits heute für eine gute und faire Berichterstattung.

Die Einladung und die Publikation zur heutigen Gemeindeversammlung sind rechtzeitig erfolgt und somit kann die Budget-Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden.

Zuerst ist das Büro zu bestellen. Von Amtes wegen ist unsere Weibelin Edna Wyss dabei. Als weiteren Stimmenzähler kann ich Ihnen vorschlagen: Stefan Bürgler, Marcel de Sepibus und Martin Lenz. Ist man mit diesen Vorschlägen einverstanden? Dann wollen wir sie wählen. Sie sind gewählt. Bitte einen Applaus.

Weiter mache ich einen Hinweis auf das Stimmrecht. Nicht-Stimmberechtigte haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet bzw. abstimmt, macht sich strafbar. Darf ich jene bitten, welche nicht stimmberechtigt sind, kurz aufzustehen? Es sind 11 Gäste im Saal, herzlich willkommen.

Ich kann Sie orientieren, dass seit der Drucklegung zwei neue Motionen eingegangen sind. Die hängigen politischen Vorstösse sind auf Seite 4 der Vorlage aufgeführt. Die Interpellation betreffend «die Schule ist gefordert», sowie die Motion von Alfred Heer betreffend «Errichtung und Betrieb zweier neuer Ortsbuslinien» sind heute Abend traktandiert. Dann haben wir von der SP Baar die Motion betreffend «Erstellung von preisgünstigem Wohnraum und Alterswohnungen auf dem Grundstück GS Nr. 1520», das ist die ehemalige Zimmerei Abt, und von der GLP Baar die Motion betreffend «Befragung der Bevölkerung zu einem Gemeindeparlament» erhalten. Diese werden wir an der nächsten Gemeindeversammlung behandeln.

Die Behandlung der Traktanden erfolgt gemäss Vorlage. Ist jemand anderer Meinung? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zu Traktandum 1.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 12. Juni 2024 – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderats vom 22. Oktober 2024 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Das Protokoll ist aufgelegt und konnte im Internet eingesehen werden. Es gibt keine Fragen zum Protokoll.

Antrag

Das Protokoll sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Finanzplan 2025–2029 – Kenntnisnahme

Die Vorlage des Gemeinderats vom 22. Oktober 2024 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Das Wort ist frei zum Finanzplan. Das Wort zum Budget wird beim Traktandum 3 erteilt. Ich darf das Wort dem Noch-Präsidenten der RGPK, Thomas Gwerder, erteilen.

Thomas Gwerder

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2025 bis 2029 und stellt fest, dass das Jahr 2024 gemäss Hochrechnung mit einem Ertragsüberschuss von CHF 26.9 Mio. abschliessen wird. Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von CHF 8.5 Mio. Das erfolgreiche Ergebnis ist hauptsächlich auf höhere Steuerträge von CHF 6.2 Mio. und den Wegfall des Nationalen Finanzausgleichs von CHF 9.4 Mio. zurückzuführen. Die zu erwartenden Rechnungsergebnisse für die Planjahre 2025 bis 2029 rechnen mit Ertragsüberschüssen von insgesamt CHF 126 Mio.

Es wird in der Vorlage die langfristige Finanzplanung der Gemeinde Baar bis ins Jahr 2042 aufgezeigt. Die Investitionen sind nur teilweise im Finanzplan ersichtlich, da ein Teil erst nach dem Jahr 2029 anfallen wird. Die Gemeinde Baar plant, bis ins Jahr 2029 CHF 163 Mio. zu investieren. Für das Budget und die Planjahre werden keine Vorfinanzierungen mehr budgetiert. Diesen Beschluss hat der Gemeinderat auf Empfehlung der Finanzkommission getroffen. Vorfinanzierungen werden in Zukunft ausschliesslich aus dem Rechnungsabschluss erfolgen, wenn ein Vorprojekt vorliegt. Diese Vorfinanzierung darf maximal 50 % der gesamten Investitionen ausmachen und die Bildung ist letztmals im Jahr vor der Inbetriebnahme möglich.

Die Berechnungen der Steuererträge für das Budget 2025 und der Planjahre 2026 bis 2029 basieren auf einem Steuerfuss von 51 %.

Antrag

Vom Finanzplan für die Jahre 2025–2029 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Finanzplan für die Jahre 2025–2029 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Budget 2025 – Genehmigung – Festsetzung der Steuern – Bericht des Gemeinderats – Stellungnahme der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Die Vorlage des Gemeinderats vom 22. Oktober 2024 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Thomas Gwerder

Als Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission haben wir gemäss unseres im Gemeindegesetz verankerten Auftrags das Budget für das Geschäftsjahr 2025 geprüft. Für die Erstellung des Budgets ist der Gemeinderat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, dieses zu prüfen und zu beurteilen. Das Budget 2025 weist einen Ertragsüberschuss von CHF 25.1 Mio. aus und die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr sind wie folgt: Der Fiskalertrag nimmt gegenüber dem Budget 2024 um CHF 1.5 Mio. zu. Der Personalaufwand steigt insgesamt um CHF 4.1 Mio. gegenüber dem Vorjahresbudget. In der Verwaltung ist die Erhöhung des Personalaufwands CHF 1.2 Mio. Dies ist zurückzuführen auf den Teuerungsausgleich von 1 %, der Stellenentwicklung von 1.1 % und neue vom Gemeinderat bewilligte Stellen. Der Teuerungsausgleich wird aber bei 0.86 % sein und nicht bei 1 %. Bei den Schulen steigt der Personalaufwand gegenüber dem Budget 2024 um CHF 2.9 Mio. Diese höheren Kosten sind auf neue Lehrpersonen, auf die Teuerung und auf die Stufenanstiege zurückzuführen. Bei den Personalkosten der Lehrpersonen wurden im Budget 2024 die Auswirkungen der geänderten Anstellungsbedingungen unterschätzt. Es waren mehr Zusatzpensen nötig, um die Entlastungslektionen zu kompensieren.

Der Sachaufwand bleibt gegenüber dem Vorjahr beinahe unverändert und die Abschreibungen werden um CHF 1.1 Mio. höher sein als im Vorjahr. Der nationale Finanzausgleich ist aufgrund der 8. Steuergesetzrevision weggefallen. Diese Revision führt auf der anderen Seite auch zu Mindereinnahmen bei den Steuererträgen.

Der Aufwand für den Zuger Finanzausgleich steigt von CHF 5.4 auf 9.4 Mio. an. Der Grund dieser massiven Erhöhung im Zuger Finanzausgleich ist die grosse Steuerkraft der Gemeinde Baar im Jahr 2023. Die Berechnung der Steuernahmen basiert auf einem Steuerfuss von 51 %. Vier RGPK-Mitglieder sind mit dem Steuerfuss von 51 % einverstanden und zwei Mitglieder wünschen einen zusätzlichen Steuerrabatt von 1.96 %.

Wir stellen fest, dass die Bestimmungen gemäss Finanzhaushaltsgesetz eingehalten werden. Die wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr sind begründet.

Unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen empfiehlt die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, grossmehrheitlich den Steuerfuss auf 51 % festzulegen, mehrheitlich keinen zusätzlichen Steuerrabatt zu gewähren und einstimmig das Budget 2025 zu genehmigen.

Die RGPK dankt dem Gemeinderat, den gemeindlichen Angestellten und den Kommissionsmitgliedern für ihren Einsatz im vergangenen Jahr und wünscht ihnen allen eine besinnliche Adventszeit, frohe Festtage und ein gutes neues Jahr.

Walter Lipp

Besten Dank. Wir geben den Dank sehr gerne zurück an den RGPK für die gute, erfolgreiche Zusammenarbeit, die wir pflegen dürfen während des Jahres. Das Wort ist weiter frei zum Budget.

Mirjam Arnold

Wir danken dem Gemeinderat für die saubere Aufbereitung des Budgets und des Finanzplans. Zuerst möchte ich etwas Positives hervorheben: Die geplante Übernahme des Notariats der Gemeinde Walchwil durch unsere Gemeinde. Unser Notariat leistet offensichtlich hervorragende Arbeit. Das ist schön und ein derart effizienter und qualitätsorientierter Service ist ein Vorbild für die Verwaltung und die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. Ein Vorbild, das definitiv auch beim Zivilstandsamt notwendig gewesen wäre. Schade, ist es soweit gekommen und wir hoffen sehr, der Gemeinderat nimmt die Thematik sehr ernst. Wir als Partei bleiben bei diesem Thema sicher dran.

Eine weitere positive Entwicklung möchte ich auch nicht unerwähnt lassen. Die geplante Mitarbeiterbefragung ist ein längstens überfälliger Schritt. Aber diese Befragung muss jetzt einfach im Q1 stattfinden. Mit den aktuellen Herausforderungen kann es nicht sein, dass sie das weiterhin auf die lange Bank schieben. Die absolute Anonymität ist sicherzustellen und die Mitarbeiter dürfen bei dieser Beantwortung keine Angst vor personellen Konsequenzen haben. Wir haben auch die Erwartung, dass diese Befragungen in Zukunft regelmässig durchgeführt werden.

Doch neben diesen positiven Entwicklungen müssen wir auch die Finanzen der Gemeinde kritisch betrachten. Ein Punkt, der uns interessieren würde, ist das Verhältnis der Steuereinnahmen von natürlichen und juristischen Personen. Mit einem Anteil von 54 % aus Steuern der natürlichen Personen und 46 % aus Steuern der juristischen Personen ist dieses Verhältnis ziemlich ausgeglichen. Wir fragen uns, wie der Gemeinderat die Verteilung beurteilt. Ist eine derartige Abhängigkeit von juristischen Personen ein Risiko für die finanzielle Stabilität? Ein weiteres Thema, das vorher schon kurz angesprochen wurde und uns auch ein bisschen Sorgen bereitet, sind die steigenden Zahlungen im Zuger Finanzausgleich. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass einige Kantonsräte der Stadt Zug im Kantonsrat eine Motion eingereicht haben, weil sie der Meinung sind, dass die Stadt Zug zu viel in den Finanzausgleich einzahlen muss. Wir fragen uns, wie der Gemeinderat zu diesem Thema steht. Fühlen wir uns als Gemeinde Baar auch überproportional belastet?

Jetzt möchte ich noch kurz auf die Hundesteuer eingehen. Keine Angst, es kommt heute kein Antrag. Und eigentlich ist mir auch bewusst, dass Sie, geschätzte Gemeinderäte, in nächster Zeit genug anderes zu tun haben werden. Ich frage mich aber, ob man die Reduktion der Steuern auf CHF 40.– für Wachhunde nicht auch auf Therapie-, Assistenz- und Sozialhunde ausweiten sollte. Und in diesem Zusammenhang bin ich dann auf das Hundereglement der Gemeinde Baar gestossen. Und wissen Sie was? Das Reglement ist deutlich älter als ich. Und so jung bin ich jetzt auch wieder nicht. Es ist nämlich aus dem Jahr 1980. Sie können sich vorstellen, es haben sich ein paar Dinge geändert in der Zwischenzeit. In diesem Reglement wird zum Beispiel noch auf das Polizeistrafgesetz des Kantons Zug verwiesen. Geschätzter Gemeinderat, ich hoffe sehr, Sie müssen nie eine Strafe auf der Basis dieses Hundereglements aussprechen. Dieses Gesetz gibt es nämlich seit dem 13. Mai nicht mehr.

Unsere Partei stellt sich hinter die Anträge des Gemeinderats. Es macht Sinn, dass wir den Steuerrabatt aufheben und den Steuerfuss definitiv senken. Einen ergänzenden Steuerrabatt, falls der heute beantragt werden würde, wünschen wir aber nicht. Wir stellen uns auch gegen eine Steuererhöhung. Baar ist eine sehr attraktive Gemeinde. Wir sind gut erschlossen, wir gehören zu der Agglo Zürich. Wenn wir jetzt den Steuerfuss moderat erhöhen würden, hätte das keinen Effekt auf die Wohnungsnot. Um diese zu lindern, braucht es andere Massnahmen. Wir brauchen Bauland und die Einspracheverfahren müssen eingeschränkt, respektive unattraktiv gestaltet werden.

Wir fordern den Gemeinderat auf, Massnahmen zu ergreifen, damit unsere Gemeinde auch für junge Baarerinnen und Baarer attraktiv bleibt und sie sich hier ein Leben aufbauen können. Für die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit von Baar ist es zentral, dass junge, engagierte Menschen bei uns leben können.

Geschätzte Bürgerinnen und Bürger, ich danke Ihnen, wenn Sie den Anträgen des Gemeinderats folgen. Und dem Gemeinderat danke ich, wenn er die Anliegen aus der Bevölkerung ernst nimmt und die aktuellen, sehr dringenden Probleme im Interesse unserer Gemeinde löst. Besten Dank. Ich wünsche Ihnen schöne Festtage.

Walter Lipp

Ich darf Auskunft geben betreffend die Mitarbeiterbefragung. Wenn sie das Budget genehmigen, in dem wir einen Betrag eingesetzt haben, dann werden wir dies Anfang des Jahres sofort an die Hand nehmen.

Betreffend Therapie- und Assistenzhunde, ich selbst bin zu wenig Hunde bewandert. Ich denke, dass der Gemeinderat dies einmal prüfen kann. Und für die Finanzen haben wir unseren neuen Finanzvorstand. Er wird euch zum ZFA und Verhältnis juristische und natürliche Personen sicher etwas sagen können.

Mark Gustafson

Ich gehe gerne auf die beiden Punkte ein, die Walter Lipp gerade angesprochen hat. Das Verhältnis juristische Personen zu natürlichen Personen, wie wir es im Baar haben, stellt ein Risiko dar. Im Vergleich zu anderen Gemeinden haben wir sicher einen höheren Anteil Steuererträge bei juristischen Personen. Und wenn man sich überlegt, wie volatil Steuererträge von juristischen Personen sind, stellen diese im Vergleich zu anderen Gemeinden eher ein Risiko dar. Da müssen wir uns aber auch bewusst sein, was der Begriff Risiko überhaupt bedeutet. Risiko per se ist nicht einfach nur negativ behaftet, denn Risiko heisst eigentlich nur Unsicherheit. Da müssen wir auch ehrlich sein, die Unsicherheit in den Steuerträgen bei juristischen Personen haben wir auch in den vergangenen Jahren gesehen, als wir immer wieder von den positiven Sondereffekten berichten konnten. Die Steuern der juristischen Personen sind höher ausgefallen als budgetiert. Das ist die positive Seite des Risikos. Wenn ich aber die finanzielle Situation der Gemeinde Baar anschau, auf welchen gesunden Füßen wir aktuell stehen, bin ich überzeugt, dass wir in Zukunft auch das Risiko, wenn es mal ein, zwei Jahre negativer ausfallen sollte als geplant, durchaus tragen können.

Zur zweiten Frage. Beim Zuger Finanzausgleich wurde gefragt, ob wir auch benachteiligt werden. Dieser Meinung sind wir nicht. Der Zuger Finanzausgleich hat ja zum Ziel, die unterschiedliche Steuerkraft in den verschiedenen Einwohnergemeinden teilweise auszugleichen. Wir sind der Meinung, das ist ein austariertes System, das tendenziell

das Ziel erreichen kann. Und dementsprechend, wie man es auch im Votum vom Präsidenten der RGPK gehört hat, als beispielsweise auf das Jahr 2023 und die ausserordentliche Steuerkraft eingegangen wurde, ist es nur richtig und fair, dass wir auch unseren Beitrag an die ZFA leisten müssen.

Hans Küng

Ich sage etwas zum Hundereglement. Das Hundereglement ist auch älter als ich und ich nehme das als Pendeuz auf. Uns war bereits bewusst, dass es sehr alt ist. Wir werden es angehen und wir nehmen die Inputs auf. Den Bereich betreffend Therapiehunde werden wir prüfen.

Arne Tvedt

Zunächst möchte ich im Namen der GLP dem neu gewählten Mitglied des Gemeinderats und dem neu gewählten Mitglied der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission gratulieren.

Damit kommen wir zum Budget und da möchte ich mich darauf beschränken, zwei für mich relevante Begriffe zu nennen. Der erste Begriff ist die Resilienz. Das heisst, die Fähigkeit von einem System, also im vorliegenden Fall die Gemeinde Baar, mit unangenehmen und überraschenden Ereignissen, Störfaktoren, fertig zu werden. Und die Erfahrung von den letzten Jahren hat das in Extremis vorgeführt. Wir haben also eine Pandemie und zwei kriegerische Ereignisse im weiteren Umfeld gehabt. Und all das hat kaum nennenswerte Spuren im Gemeindebudget hinterlassen. Das ist also etwas, das wir uns immer bewusst sein sollten. Wir haben, und das wurde vorhin angesprochen, mit der Verteilung zwischen juristischen und persönlichen, privaten Personen, eine relativ robuste Basis und das ist eine Grundlage, auf der wir aufbauen können.

Der zweite Begriff ist die Vorhersehbarkeit. Im Gegensatz zur Resilienz ist diese im Moment extrem schlecht. Es ist extrem schwierig, konkrete, robuste, belastbare Vorhersagen zu machen. Wir müssen also gleichzeitig auch damit rechnen, dass das eine oder andere total aus dem Ruder laufen kann. Ausschliessen kann man es nicht. Auch wenn es nicht sehr wahrscheinlich ist, ist es etwas, das wir im Hinterkopf haben können oder haben müssen. Was bedeutet das jetzt im Hinblick auf den Steuerfuss, eventuell den Rabatt und den langfristigen Ausblick? Meiner Meinung nach, und das ist auch die Meinung von der GLP, sollte Stabilität Vorrang haben und es geht darum, dass wir ein Jo-Jo-Verhalten beim Steuerfluss vermeiden sollten. Vor diesem Hintergrund befürworten wir den Vorschlag der Gemeinde mit dem neuen Steuerfluss von 51 % und dem gleichzeitigen Wegfall des Steuerrabatts. Per Saldo entspricht das einer marginalen Steuererhöhung um 0.12 %, weil 4 % von 53 % ergeben 2.12 %. Es sind also marginal mehr als die 2 %, um die jetzt die Steuern reduziert werden sollen. Aus Sicht der GLP können wir damit leben. Für die Mehrzahl der Steuerzahler und die Mehrzahl der Anwesenden ist der Effekt im Rappenbereich oder im Bereich von CHF 1 - 2.--.

Was sollen wir mit all den Überschüssen anstellen? Das ist eine grundlegende Frage, die auch durch die Festlegung des Steuerfusses noch nicht beantwortet ist. Aus Sicht der GLP, und wir wissen, dass wir nicht unbedingt die Mehrheit der Parteien vertreten, stehen im Vordergrund die Investitionen. Investitionen sind betont langfristig angelegt. Typischerweise, je nach Art der Investition, hat man eine Ausgabe und nachher hat

man für Jahrzehnte, 20 bis 30 Jahre lang, Ruhe, bis eine Nachbesserung oder allenfalls ein Ersatzanspruch nötig wird. Wir haben also Ausgaben, die wir zeitlich ein bisschen hin- und herschieben können. Das ist ein elegantes Instrument, mit dem wir allfällige Unregelmässigkeiten oder ebenso für gewisse Leute auch ein bisschen störende Überschüsse bewirtschaften können.

Ein gutes Beispiel ist, soweit wir das verstanden haben, dass die Gemeinde CHF 1.2 Mio. investieren wird, um auf öffentlichen Dächern Solarpanels zu installieren. Das sind Gelder, die nicht verloren sind, sondern sie produzieren einen Ertrag. Das Geld kommt wieder zurück. Sogar mit einem gewissen Gewinn, einer gewissen Rendite. Das ist also die Art von Investitionen, bei denen wir eigentlich die Hoffnung haben, dass wir in Zukunft mehr davon sehen werden.

Reto Leutenegger

Die Stabilität und die positive Prognose für die nächsten Jahre sprechen für eine starke wirtschaftliche Basis hier in Baar. Wir begrüssen auch die sorgfältige Planung der Gemeinde bezüglich Personalaufwand, insbesondere bei den Schulen, wo der steigende Bedarf an Lehrkräften mit einer angemessenen Budgetierung berücksichtigt worden ist. Die Investition in die Bildung ist zentral, diese müssen wir machen. Doch wir müssen auch den starken Stellenzuwachs in der Verwaltung kritisch begleiten, um die Effizienz weiterhin gewährleisten zu können.

Erfreulich ist auch, und das darf ich auch im Namen der FDP sagen, dass die Vorfinanzierungen im Budget nicht mehr enthalten sind und stattdessen gezielt Reserven für konkrete Projekte gebildet werden. Das fördert Transparenz und Verantwortungsbewusstsein im Finanzhaushalt. Danke dafür. Die FDP Baar möchte nicht, dass wir zur steuergünstigsten Gemeinde im Kanton Zug oder weit über die Grenze hinaus werden. Es braucht aber trotzdem eine Balance zwischen Attraktivität für Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen mit einer langfristigen finanziellen Stabilität. Wir sehen aber die Notwendigkeit, mit diesen stetigen Überschüssen verantwortungsvoll umzugehen. Die aktuellen Prognosen zeigen klar, dass wir wieder mit erneuten Überschüssen rechnen können und es ist daher wichtig, diese Mittel sinnvoll zu nutzen und insbesondere der Bevölkerung zurückzugeben. Der Gemeinderat ist seinem Versprechen von der Reduktion des Steuerfusses auf 51 % nachgekommen. Auch dafür danke. Auf der anderen Seite reden wir hier über einen sehr hohen Überschuss. Und weiter möchte der Gemeinderat der Bevölkerung, Ihnen geschätzte Bürger, nicht entgegenkommen. Das verstehen wir nicht ganz. Wir folgen deshalb als FDP Baar dem Vorschlag der Finanzkommission und der zwei RGPK-Mitglieder und fordern einen weiteren Steuerrabatt von 1,96 %. Das ist ein weiterer moderater Schritt und sorgt dafür, dass die Steuerbelastung bei der Bevölkerung nochmals sinkt, ohne dass die finanzielle Stabilität der Gemeinde gefährdet wird. Die FDP Baar hat in den letzten Jahren viele Vorschläge gemacht zu diesem Thema. Sie sind aber auch jeweils abgelehnt worden. Wir müssen uns aber bewusst sein, gerade aufgrund dieser Prognosen, dass wir einen gemeinsamen Weg finden, wie wir mit diesen Überschüssen umgehen. Im Moment ist das der Steuerrabatt. Wir müssen miteinander daran arbeiten, dass wir auch noch andere Wege finden. Wir müssen die Überschüsse so investieren, strategisch, dass wir unsere Infrastruktur stärken, die Bildung hervorheben und die Standortattraktivität weiterhin verbessern, auch wenn sie schon sehr gut ist. Aber gleichzeitig müssen wir auch der Bevölkerung etwas zurückgeben, denn wir zahlen die Steuern.

Die FDP Baar unterstützt die Annahme des Budgets mit einem Steuerfuss von 51 %, zuzüglich den Steuerrabatt von 1,96 %. Bezüglich Hundesteuer empfehlen wir die Beibehaltung. Hunde sind zwar liebenswerte Tiere, aber sie machen auch ab und zu ein bisschen Dreck.

Ronahi Yener

Im Namen der SP Baar nehme ich Stellung zum Budget 2025. Die finanzielle Lage der Gemeinde Baar ist ausgezeichnet und darüber können wir uns freuen. Doch der Wohlstand bringt auch Verantwortung mit sich. Verantwortung für nachhaltige Investitionen, sozialen Ausgleich und die Sicherstellung, dass sich Baarerinnen und Baarer auch in Zukunft alle ein Leben in Baar leisten können.

Vorab zum Finanzplan 2025 bis 2029. Der Finanzplan zeigt auf den ersten Blick eine solide Basis mit Ertragsüberschüssen von bis zu CHF 31 Mio. in den kommenden Jahren. Ein Punkt, der uns aber Sorgen bereitet, ist der Verzicht des Gemeinderats auf Vorfinanzierungen ab 2025. Materiell macht das vielleicht Sinn, der Verzicht könnte aber die Flexibilität bei der Finanzierung von Grossprojekten gefährden. Die SP Baar hält das für eine riskante Strategie, besonders in Zeiten unsicherer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

Zum Budget 2025. Das Budget weist mit einem Ertragsüberschuss von CHF 25,1 Mio. erneut eine starke finanzielle Basis aus. Die geplanten Investitionen sind beispielsweise der Ausbau der Schule Wiesental oder die Entwicklung des neuen Busbahnhofs. Ein Thema, das uns jedes Jahr beschäftigt, ist der Steuerfuss. Einer dieser zentralen Anträge ist heute Abend die geplante Senkung des Steuerfusses auf 51 %. Die SP Baar hat sich für eine Stimmfreigabe entschieden. Die Entscheidung zur Stimmfreigabe war zwar knapp, doch erkennen wir, dass der Gemeinderat aufgrund der hohen Reserven und Überschüsse kaum eine andere Wahl hatte, als den Steuerfuss zu senken. Gleichzeitig ist die Senkung einfach auch ein Festhalten am Status quo, weil der effektive Steuerfuss mit dem bisherigen Steuerrabatt sowieso schon bei ca. 51 % lag. Es ist somit weniger eine echte Veränderung als eine formelle Anpassung an die Realität der letzten Jahre. Wir sind aber entschieden gegen jegliche Forderungen nach einem Steuerrabatt.

Trotz unserer Stimmfreigabe möchten wir darauf eingehen, dass Steuersenkungen kritische Konsequenzen mit sich bringen und auch hinterfragt werden müssen. Wer profitiert? Vor allem Wohlhabende und Unternehmen. Menschen mit mittleren oder tiefen Einkommen spüren kaum eine Entlastung. Und welche Nebenwirkungen hat das? Steuersenkungen ziehen vermögende Personen und Firmen an, was den Wohnungsmarkt, der sowieso schon angespannt ist, weiter belastet. Die Familien und der Mittelstand geraten unter Druck und müssen wegziehen. Welche Chancen werden verpasst? Statt auf Steuersenkungen zu setzen, könnten wir die Mittel auch gezielt nutzen und in die Zukunft investieren. Ein Steuerproblem haben wir in Wahrheit nicht. Niemand leidet in der steuergünstigsten Gemeinde unter zu hohen Steuern. Warum also das Geld nicht für notwendige und wichtige Projekte einsetzen? Warum denkt der Gemeinderat nicht einfach etwas kreativer und langfristiger? Konkret, was könnte mit diesen Mitteln erreicht werden? Beispielsweise die Aufwertung des Dorfkerns. Unser Dorfkern könnte viel lebendiger und nachhaltiger gestaltet werden. Während andere Gemeinden wie Cham Inputs aus Mitmachprozessen erfolgreich umsetzen, bleibt in Baar vieles einfach Theorie. Es sind zwar schon einige Mitmachveranstaltungen zu

unterschiedlichen Themen durchgeführt worden, trotzdem wird nicht viel umgesetzt. Das Geld kann auch für Klimaschutz und Lebensqualität eingesetzt werden. Oder wie einige von Ihnen schon mitbekommen haben, ist die neue Kommission Natur und Umwelt für die Umsetzung des Landschaftsentwicklungskonzepts geschaffen worden. Im Budget fehlt aber der Posten für allfällige Projekte und Arbeiten. Jetzt eine weitere Frage, wie sollte die Gemeinde arbeiten und ihre Aufgaben erfüllen, wenn gar keine Mittel eingeplant sind? Vielleicht haben wir da etwas übersehen, wir wären aber froh um Aufklärung.

Ein weiterer Punkt ist altersgerechtes und preisgünstiges Wohnen. Die Fakten sind klar, bis 2040 wird sich die Zahl der über 80-Jährigen in Baar verdoppeln und Baar braucht mehr bezahlbare und angepasste Wohnlösungen. Alterswohnungen und sonst preisgünstige Wohnungen müssen gefördert werden. Übrigens, genau aufgrund dieser Herausforderungen hat die SP eine Motion eingereicht, das ist schon vorhin erwähnt worden, in der wir den Gemeinderat beauftragen, das Grundstück GS 1520 für die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum und Alterswohnungen zu prüfen und ein entsprechendes Projekt umzusetzen. Die Gemeinde hat vor über 10 Jahren das Grundstück gekauft, mit dem Versprechen, bei uns günstigen Wohnraum zu arbeiten. Bis jetzt ist aber noch nichts gemacht worden.

Ich habe jetzt einige vage Ideen geliefert. Wir haben das Geld, nutzen wir es für die Bevölkerung. Lieber Gemeinderat, nur mit Steuersenkungen sind die Hausaufgaben nicht gemacht. Die Herausforderungen im Zivilstandsamt sind eine weitere Konsequenz unserer konservativen Handhabung in Bezug auf die Personalressourcen. Die Mitarbeitenden in dieser Abteilung standen unter enormem Druck und es stellte sich heraus, dass die Aufgabenlast hoch und die personellen Ressourcen unzureichend waren. Die aktuelle Krise zeigt deutlich, dass unsere Verwaltung eigentlich deutlich mehr personelle Ressourcen braucht. Baar wächst und damit, also mit dem Wachstum, steigen auch die Ansprüche an unser Gemeindepersonal.

Unser Fazit zum Budget. Die Gemeinde Baar hat die finanziellen Mittel, um mehr zu machen als Steuern zu senken. Von der Aufwertung des Dorfzentrums über Klimaanpassung bis hin zur Stärkung der Gemeindeverwaltung. Wir bedanken uns beim Gemeinderat für das Vorlegen des Budgets und wünschen Ihnen allen schöne und frohe Festtage.

Zari Dzaferi

Seit dem Jahr 2018 haben wir den Auftrag, einen Verein zu gründen, der das LEK begleitet. Bis jetzt ist das gescheitert. In den letzten Monaten haben wir einen neuen Anlauf genommen und einen Wechsel vorgenommen. Anstatt eines Vereins werden wir künftig eine Natur- und Umweltkommission führen. Die Kommission fängt ihre Arbeit am 1. Januar 2025 an. Konkret treffen wir uns Mitte Januar zum ersten Mal. Es haben sich über 25 Personen beworben, davon haben wir 12 Personen ausgewählt. Es sind sechs Vertreterinnen und Vertreter aus der Landwirtschaft und sechs Vertreterinnen und Vertreter aus der Siedlungslandschaft.

Bezüglich Budgetierung, finden Sie auf Seite 31 in der Gemeindeversammlungsvorlage bei der Abteilung Planung / Bau das Konto 448, Umweltschutzmassnahmen. Diejenigen, die es noch etwas genauer wissen wollen, finden in der Bleiwüste auf der Seite 12 unter dem Konto 3637 die Beiträge Biodiversität. Das ist zum Beispiel auch ein Teil davon, was wir jetzt aufgeführt haben. Wir möchten zuerst mit der Kommission

schauen, wohin wir mit dem LEK gehen. Wir hätten aber auch Gelder vorgesehen, wenn es bereits im nächsten Jahr zu Unterstützungsmassnahmen zu Handen der Biodiversität kommt.

Simon Uster

Ich nehme eine Stellung zum Budget der Alternative - Die Grünen Baar. Die finanzielle Lage der Gemeinde Baar ist ausgezeichnet. Doch statt einer weiteren Steuersenkung braucht es Weitsicht, um die grossen Herausforderungen der kommenden Jahre anzugehen. Wichtige Investitionen stehen an, wie die Sanierung des Schwimmbads Lätlich, der Ausbau der Altersheime, ein neuer Busbahnhof und die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Auch im Tiefbau sind Mittel nötig. Beispielsweise für die Anpassung der Kanalisation an intensivere Regenfälle und für die Begrünung zur Klimaanpassung. Eine weitere Steuersenkung wird das Wachstum zusätzlich ankurbeln und die Bodenpreise und die Mieten weiter in die Höhe treiben. Damit wird der Druck auf die Baarerinnen und Baarer erhöht.

Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, habe ich diesen Sommer und Herbst einen Wahlkampf gemacht und mit vielen Baarerinnen und Baarern gesprochen. Die grösste Sorge war der fehlende bezahlbare Wohnraum. Es hat niemand eine weitere Steuersenkung gefordert. Eine weitere Steuersenkung wird das Problem nicht lösen, sondern das Gegenteil wird passieren.

Zur Mitte Baar. Ja, es sind nur ein paar Prozent, aber man sieht an den letzten Jahren, wie sich das auf den Wohnungsmarkt auswirkt. Und zu der FDP. Ja, wir geben auch gerne etwas zurück, aber wir denken an etwas Soziales und an eine kreativere Alternative als eine Steuersenkung. Warum nicht wie die Stadt Zug nach Corona allen natürlichen Personen einen Gutschein geben? So profitiert die ganze Bevölkerung direkt von dieser guten Finanzlage. Es gibt noch viele weitere Ideen. Und da bin ich überzeugt und vertraue darauf, dass der Gemeinderat diese mit Innovation und mit Vitalität umsetzt.

Die ALG Baar beantragt, das Budget ohne Steuersenkung zu verabschieden und somit den Steuerfuss bei 53 % zu belassen. Gute Investitionen sind im Interesse der gesamten Bevölkerung. Besten Dank und schöne Adventszeit.

Malaika Hug

Zuerst einmal vielen Dank für die Erstellung des Budgets 2025. Die SVP Baar begrüsst, dass der Gemeinderat dem Antrag der FIKO gefolgt ist und Vorfinanzierungen in Zukunft nur noch aus dem Rechnungsüberschuss erfolgen. Das ist transparenter. Das budgetierte Ergebnis wird nicht mehr beschönigt ausgewiesen, wie es im Fall der Gemeinde Baar bei einigen Ertragsüberschüssen war. So ist nämlich schon bei der Budgetierung klar ersichtlich, dass die Gemeinde Baar auch in den nächsten Jahren finanziell äusserst gut aufgestellt sein wird. Man muss sich das einmal vorstellen: CHF 25 Mio. Ertrag und in dieser Höhe mutmasslich auch in den folgenden Jahren. Davon können andere Gemeinden nur träumen.

Es birgt aber auch Gefahren. Es entsteht ein Wunschkonzert, dass wir hier und dort doch noch eine Stelle generieren könnten. Wie zum Beispiel bei der Kommunikation. Das verwundert gerade doppelt. Einerseits hiess es bei unserer Nachfrage, das sei, weil wir jetzt die Baarer Zytig haben. Aber dann hat man doch steif und fest behauptet,

sie würde nicht von der Gemeinde herausgebracht werden, sondern sei unabhängig. Stimmt, war dann die Antwort. Sie hätten sonst einen Engpass und müssten diese Stelle deshalb schaffen. Dann haben wir überrascht festgestellt, dass diese Stelle schon längst ausgeschrieben wurde, obwohl das Budget erst heute Abend genehmigt wird. Also ist die Genehmigung des Budgets eine reine Farce, oder wie ist das genau zu verstehen?

Interessant ist auch, dass der Baarer Bevölkerung an der Budgetgemeinde 2022 hoch und heilig versprochen wurde, dass wir mit der Auslagerung und dem Zusammenschluss der IT mit der Stadt Zug Kosten sparen können. Die stetig steigenden Kosten sehen aus meiner Sicht nicht unbedingt nach Einsparungen aus. Wir stehen deshalb einer Umwandlung der IT der Zuger Gemeinden in eine AG sehr kritisch gegenüber.

Wir begrüßen hingegen, dass im Budget auch eine umfassende Mitarbeiterumfrage vorgesehen ist. Es besteht kein Zweifel, dass da offenbar Probleme in der Verwaltung in verschiedenen Abteilungen, wie beispielsweise in der Bauabteilung oder im Zivilstandsamt, bestehen. Es sollen sich sowohl das Personal wie auch die Gemeinderäte und die Geschäftsleitung dazu äussern und die Umfrage soll von einem externen Profi durchgeführt werden. Nur so kann die Unabhängigkeit gewährleistet werden.

Erfreut hat uns ausserdem, dass der Gemeinderat eine Senkung des Steuerfusses beschlossen hat. Wir unterstützen geschlossen den Antrag zur Senkung von heute 53 % auf neu 51 %. Aber es entspricht unter dem Strich einer marginalen Steuererhöhung. Haben wir in den letzten zwei Jahren doch bei einem Steuerfuss von schlussendlich 50.88 % weniger zahlen müssen. Darum stellen auch wir den Antrag, der eine Mehrheit der FIKO bereits gestellt hat, für einen zusätzlichen Steuerrabatt von 1.96 %. Gerade im Hinblick auf die über die nächsten Jahre prognostizierten Ertragsüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe kann es nicht sein, dass wir weiterhin Steuern auf Vorrat einnehmen. Auch ein normaler Wasserhahn erfüllt seinen Zweck. Wir müssen in der Gemeinde Baar nicht alles vergolden.

Walter Lipp

Es ist richtig, dass die IT-Kosten gestiegen sind. Da kann man nicht einmal viel machen, da wir gemeinsame Vorhaben im Kanton haben, bei denen wir zugesagt haben. Zum Beispiel gibt es höhere Kosten beim Projekt 11+1. Das ist der gemeinsame Internetauftritt. Die Netzwerkkosten im AIO sind ebenfalls angestiegen. Wir haben Software-Lieferanten, die ihr Preismodell um 10 bis 30 % nach oben korrigiert haben. Die Verfügbarkeit muss 7x24 Stunden gewährleistet sein und darum hat es dort auch Erweiterungen im Rechenzentrum gebraucht. Notebooks nehmen laufend zu, obwohl sie gemietet sind, sind es gleich hohe Kosten. Die WLAN-Infrastruktur muss ebenfalls unterhalten werden und kostet leider immer mehr. Diese Kosten wären jedoch auch entstanden, wenn wir nicht zur IT der Stadt Zug gegangen wären. Wir hätten diese Kosten dann selbst bezahlen müssen und sogar noch mehr. Dies zu den IT-Kosten.

Die Baarer Zytig ist nach wie vor unabhängig. Wir geben keine Inhalte vor und Silvan Meier trägt nichts bei. Aber es ist so, dass wir kommunizieren wollen, das ist auch Euer Wunsch, und das braucht auch Zeit und Ressourcen. Darum haben wir die Erhöhung der Kommunikationsstelle ins Budget aufgenommen. Falls Sie dem nicht zustimmen würden, dann hätten wir die Konsequenzen zu tragen, da wir für Transparenz sind.

Das Wort ist weiter frei zum Budget. Ich sehe, es wird im Moment nicht verlangt.

Wir haben verschiedene Anträge. Dazu kommen wir am Schluss. Sie haben die Gemeindeversammlungsvorlage erhalten. Besteht der Wunsch, dass wir das Budget Seite für Seite durchgehen? Falls jemand zu einer Seite eine Frage hat, können Sie die Hand erheben. Dafür würde ich etwas Zeit einräumen. Früher sind wir Seite für Seite durchgegangen und es ist selten ein Votum zu einer Seite gekommen. Will jemand, dass wir das Budget Seite für Seite durchgehen? Nein. Somit stelle ich die Seiten 23 bis 42 zur Diskussion. Ich stelle fest, dass das Wort nicht verlangt wird. Das Wort zum Budget wird ebenfalls nicht verlangt.

Wir stimmen etwas abgestuft ab. Zu den Vorfinanzierungen kam ein Antrag auf Beibehaltung, dass man Vorfinanzierungen bereits ins Budget nimmt. Oder, wie es der Gemeinderat vorgesehen hat, im Rahmen der Rechnung. War das einfach eine Befindlichkeit? Der Gemeinderat hat entschieden, Vorfinanzierungen im Rahmen des Rechnungsabschlusses zu machen. Sie sind damit einverstanden.

Wir hatten einen Antrag auf die Beibehaltung des Steuerfusses bei 53 % und einen Antrag des Gemeinderats auf 51 %. Ich schlage vor, dass wir zuerst über diese beiden Anträge abstimmen. Anschliessend bringe ich den Steuerrabatt zur Abstimmung. Ich stelle fest, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Ins erste Mehr kommt der Steuerfuss von 53 %, also Beibehaltung des Steuerfusses. Ins zweite Mehr kommt der Steuerfuss von 51 %. Sie haben grossmehrheitlich dem Steuerfuss von 51 % zugestimmt. Wir kommen zum Steuerrabatt. Wer einen Steuerrabatt von 1,96 % gewähren will, der soll jetzt die Hand heben. Wir müssen auszählen. Sie haben mit 127 zu 101 den Steuerrabatt abgelehnt. Die Gemeinschreiberin verliest die weiteren Anträge, die es noch zu verlesen gibt.

Anträge

1. Die Steuern seien im Rechnungsjahr 2025 wie folgt zu erheben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 51 % des kantonalen Ansatzes
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–.
2. Das Budget 2025 sei zu genehmigen.

Beschlüsse

1. Die Steuern werden im Rechnungsjahr 2025 wie folgt erhoben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 51 % des kantonalen Ansatzes
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–.
2. Das Budget 2025 wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 4

Motion von Alfred Heer zur Errichtung und Betrieb zweier Ortsbuslinien in der Gemeinde Baar – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderats vom 22. Oktober 2024 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Alfred Heer

Am 29. April 2024 habe ich beim Gemeinderat Baar eine Motion eingereicht. Diese bezweckt die Einführung von zwei neuen Ortsbuslinien, und zwar für Gebiete, die bisher nur ungenügend erschlossen waren. Wie Schutzengel, Mühlegasse, Aberenrain, Frueberg, Inwilerstrasse, Rebmann und Obere Rebhalde. Ich will etwas klarstellen. Ich selber wohne nicht in einem dieser Gebiete und habe keinen Nutzen von dieser Motion. Mir geht es darum, dass bisher vom ÖV nicht bediente Wohngebiete angeschlossen werden und das Thema öffentlich diskutiert wird.

Ich danke dem Gemeinderat, dass er für die heutige Gemeindeversammlung eine Vorlage ausgearbeitet hat. Allerdings bin ich vom Antrag des Gemeinderats enttäuscht. Ebenfalls hat mich enttäuscht, dass ich bei der Ausarbeitung dieser Vorlage seitens der Gemeindeverwaltung nicht miteinbezogen wurde. Erst auf Wunsch von mir haben zwei kurze Gespräche mit Vertretern des Gemeinderats stattgefunden. Ich habe dabei gespürt, dass sich die Begeisterung für das Motionsanliegen in Grenzen hält. Es scheint so, als hätte ich mit dem Motionsbegehren etwas zu ambitionierte Lösungen erreichen wollen. Die hohen Kosten haben auch mich überrascht. Aber es ist schade, dass versucht wird, die Idee mit dem Kostenargument im Keim zu ersticken, ohne das Problem wirklich zu lösen.

Die Antwort des Gemeinderats ist in einem Punkt widersprüchlich und inkonsequent. Und zwar bezüglich des Antrags. Auf Seite 45 der Vorlage bekennt sich der Gemeinderat im Grundsatz zum Anliegen der Motion. Auch sei es ganz im Sinn des Gemeinderats, die Mobilität für die Baarer Bevölkerung zu optimieren. Im kommunalen Gesamtverkehrskonzept, dieses ist allerdings öffentlich nicht bekannt oder noch nicht bekannt, werde dem ÖV grosse Bedeutung eingeräumt. Wie das konkret erfolgen soll, entzieht sich meiner Kenntnis. Auch in seiner Legislatur bekennt sich der Gemeinderat zur Förderung des Ausbaus des ÖV.

Die Idee der Motion, mit dem ÖV nicht ideal erschlossene Gebiete besser an Verkehrsnetze anzuschliessen, entspreche auch den Zielen des Gemeinderats. Aber offensichtlich bestehen zwischen dem Gemeinderat und mir unterschiedliche Auffassungen über den zu beschreitenden Weg, um das Ziel zu erreichen. Obwohl man sich im Grundsatz einig ist. Mit Interesse habe ich die vom Gemeinderat in der Vorlage präsentierte kostengünstigere Alternative für eine Erschliessung mit nur einer Ortsbuslinie studiert. Ich bedauere allerdings, dass auch diese Variante nicht weiter verfolgt worden ist.

Zu den erwähnten Problemen betreffend Sichtweite, engen Strassenverhältnisse sei festgehalten, dass der Schulbus, der sogar länger als ein normaler Linienbus ist, einen Teil der angedachten Streckenabschnitte täglich mehrmals scheinbar ohne Probleme fährt. Zudem gilt in den grössten Teilen der geplanten Ortsbuslinie Tempo 30, die die Problematik entschärft.

Die in der Vorlage aufgeführten hohen Kosten für den behindertengerechten Ausbau der Haltestellen sind sehr rudimentär und wie mir erscheint sehr üppig angenommen. Es ist auch mir bekannt, dass der Ausbau dieser Haltestellen vom Gesetz verlangt wird. Aber sicher nicht, wenn man z.B. nur einen zeitlich begrenzten Versuchsbetrieb durchführen würde. Es sei daran erinnert, dass ein grosser Teil der Haltestellen, die seit Jahrzehnten in der Buslinie bestehen, bis heute nicht behindertengerecht ausgebaut ist.

Ich verkenne die in der Vorlage aufgeführten Schwierigkeiten und das Kostenargument überhaupt nicht. Ich bin aber der Ansicht, dass Möglichkeiten, damit die angestrebten Ziele mit vertretbaren Kosten und mit einem bescheidenen Angebot erreicht werden können, nicht ausgeschöpft sind. Ich will da ein paar Beispiele sagen. Die Reduktion des Fahrplanangebots gegenüber dem Motionsanliegen, um Betriebskosten zu senken. Dann eine optimierte Linienführung, Nutzung der bestehenden Infrastruktur, Einsatz von kleineren Fahrzeugen als Linienbus, die weniger Platz brauchen und tiefere Betriebskosten generieren. Und eine Verknüpfung mit der bestehenden Linie 604 Baar-Blickensdorf-Baar. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass eine brauchbare Lösung gefunden werden kann, wenn man will. Dazu braucht es einen unkonventionellen Ansatz, ein bisschen Fantasie und den Willen, die Probleme zu lösen. Ich bin bereit, meinen Beitrag dazu zu leisten, sofern man das wünscht. Es ist oft im Leben so, dass man ein Ziel nicht auf Anhieb erreichen kann und deswegen einen anderen Weg und auch Kompromisse gesucht werden müssen. Das Motionsbegehren in dieser ursprünglichen Form umsetzen zu wollen, erscheint mir angesichts der geäusserten Kritik und der Haltung der Parteien politisch schwierig. Was ich aber verhindern möchte, ist eine Nicht-Erheblicherklärung der Motion. Denn wenn das passiert, ist die Motion vom Tisch und es passiert nichts. Eine Teil-Erheblicherklärung der Motion, wie sie auch von der Mehrheit der RGPK vorgeschlagen wird, stellt einen Kompromiss dar. Dem könnte ich mich anschliessen. Mit der Teil-Erheblicherklärung wird der Gemeinderat beauftragt, die Thematik weiter zu bearbeiten. Zudem besteht die Möglichkeit, auch bisher nicht in Betracht gezogene neue Aspekte zu prüfen. Sollte das heute so beschlossen werden, möchte ich den Gemeinderat bitten, mich bei der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage mit einzubeziehen. Ich habe mir bereits konkrete Gedanken darüber gemacht, wie wir eine Realisierung unter Berücksichtigung der vorhandenen Schwierigkeiten bei geringeren Kosten und mit bescheideneren Ansprüchen umsetzen können.

Fazit. Wie die starke Zunahme der Fahrgastzahlen im ÖV bisher eindrücklich beweist, wird das gute Angebot vom Publikum genutzt und geschätzt. Der Ausbau des ÖV scheint auch im Interesse des Gemeinderats zu sein. Allgemeine Aussagen genügen aber nicht. Es braucht konkrete Massnahmen zur Lösung des Problems. Ein guter ÖV hat ein Preisschild. Kosten sind die eine Seite, die andere Seite zeigt der Nutzen eines gut ausgebauten ÖV, nämlich Verbesserung der Mobilität für alle Alterskategorien und Pendler, Erschliessung von Wohngebieten und Arbeitsplätzen, Reduktion des individuellen Motorfahrzeugverkehrs, Entlastung von überlasteten Zentren und ein Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

Eine Gemeinde wie Baar, der es finanziell hervorragend geht, jedes Jahr Millionenüberschüsse in der Rechnung aufweist und das Label Energiestadt hat, sollte für eine angemessene Erschliessung von bisher vom ÖV nicht erreichten Wohngebieten Hand bieten. Die Bevölkerung, die davon profitieren könnte, wäre dafür dankbar.

Ich danke allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern und bitte Sie, einer Teil-Erheblicherklärung der Motion zuzustimmen und wünsche Ihnen allen schöne Festtage.

Hans Küng

Wie bereits im Gespräch mit Dir mitgeteilt, danken wir für die Motion. Der Gemeinderat ist überhaupt nicht für einen schlechten ÖV. Der Gemeinderat wünscht sich eine gute ÖV-Anbindung. Er ist einfach aufgrund der Kosten in der Ausarbeitung zum Schluss gekommen, die Motion nicht-erheblich zu erklären. Wieso? Der ÖV in Baar besteht aus total 10 Linien, die irgendwo im Gemeindegebiet Baar verkehren. Ich glaube, wir haben einen sehr guten ÖV. Für diesen ÖV bezahlen wir CHF 1.5 Mio. Unter diesem Aspekt kostet eine Buslinie, so wie sie in der Motion gefordert wird, mit CHF 3 Mio. notabene das Doppelte von dem, was wir jetzt bezahlen. Das ist uns einfach zu viel. Deshalb haben wir die Alternativlösung ausgearbeitet. Wir haben uns informiert und die Gemeinden Oberägeri und Walchwil haben einen solchen Ortsbus. Der Walchwiler Ortsbus fährt dreieinhalb Stunden am Tag und der Oberägerer Ortsbus sieben-einhalb Stunden. So hätte man die Kosten um einiges herunterbringen können. Das war aber nicht der Wunsch. Nicht der Wunsch, so eine Vorlage auszuarbeiten, aber auch nicht der Wunsch des Motionärs. Und unter diesem Aspekt haben wir dann gesagt, der Gemeinderat ist für die Nicht-Erheblicherklärung.

Das, was Du angesprochen hast, auch mit den Schulbussen. Dort haben wir einen entscheidenden Faktor. Und zwar braucht es bei diesen Schulbussen keine Bushaltestelle. Der Schulbus kann an einer Kreuzung, an einer Kapelle oder an einem Baum halten, dort wo man es mit dem Kind und den Eltern abgemacht hat und die Kinder dort aufladen. Das geht bei einem Ortsbus nicht. Und warum geht es nicht? Das ist auch der Grund, warum die Offerte in dieser Höhe ausgefallen ist. Wir sind teilweise auf die ZVB angewiesen. Das müsste unter dem gleichen Tarifverbund laufen, damit alle Leute mit dem gleichen Billett fahren können. Damit man nicht bis zum Bahnhof Baar mit der App kommt, bei der man nach links swipen kann. Dann kann man so fahren und in Baar muss man ein neues Billett für den Schutzengel lösen. Aus diesem Grund ist das mit der ZVB so passiert.

Die Kosten haben auch uns überrascht. Das haben wir bei unserem Gespräch auch gesagt. Und ich glaube, Du hast ähnlich grosse Augen gemacht wie wir. Das ist sicherlich zu teuer. Nichtsdestotrotz, der Gemeinderat ist nicht gegen eine gute ÖV-Anbindung. Es wurde vorhin gesagt, dass ein neuer Bushof kommt. Aktuell könnten Ortsbusse am Bahnhof nicht anhalten. Die Busse werden immer länger und gewisse Busse können schon jetzt am Bahnhof nur noch an der vordersten Kante halten. Und im Zusammenhang mit dem Bahnhof ist das ein Anliegen, das man sicherlich prüfen kann. Aber momentan mit einer dieser zwei Linien und aber auch mit dieser ausgeschafften Variante von einer optimierten Linie, ist es zu teuer. Einerseits die Betriebskosten dieser Linie, auf der anderen Seite die behindertengerecht ausgebauten Bushaltestellen. Es stimmt, dass wir in der Gemeinde Baar noch nicht à jour sind. Wir haben noch nicht alle Haltestellen umgebaut. Wir haben dort noch eine Pendenz für die nächsten Jahre. Wir haben aber auch das abgeklärt und können für einen Probebetrieb keine Ausnahme machen. Dort geht es nach dem Motto, wo kein Kläger, da kein Richter. Man kann die Buslinie machen, man kann einmal herumfahren. Wenn aber in Woche eins jemand sagt, dass ein Randstein nicht auf der richtigen Höhe ist, erhält er vermutlich Recht. So lautet das Bundesgesetz und das müssen wir umsetzen. Deshalb

haben wir transparenzhalber auch die Kosten in die Vorlage genommen. Wir wollten alles sauber abgeklärt haben.

Das für den Moment. Es kommen sicher noch weitere Fragen.

Daniel Eichenberger

Für die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission ist die Förderung des öffentlichen Verkehrs ein sehr zentrales Anliegen. Allerdings fehlt uns beim Thema der zwei neuen Ortsbuslinien noch der Bedarfsnachweis. Die Kosten, die der Gemeinderat zusammen mit der ZVB geschätzt hat, erscheinen uns auch sehr hoch. Wir begrüßen aber, dass der Gemeinderat im Rahmen der Strategie «Wohnen im Alter» prüfen möchte, wie ein Mobilitätsangebot für die ältere Bevölkerung von Baar verbessert werden kann und welche Massnahmen das bräuchte.

Der Gemeinderat geht in seiner Beantwortung dieser Motion auf verschiedene Massnahmen des Gesamtverkehrskonzepts ein und äussert sich auch zum notwendigen Projekt des neuen Bushofs. Anders als der Gemeinderat sieht aber eine Mehrheit der RGPK den Realisierungszeitraum von diesem Projekt bis 2030 nicht als Grund für eine Nicht-Erheblicherklärung der Motion. Sie empfiehlt darum eine Teil-Erheblicherklärung, damit im Rahmen der Planung des neuen Bushofs auch eine Bedarfsabklärung der neuen Ortsbuslinie gemacht werden kann und dabei auch die Verkehrs- und Tiefbaukommission frühzeitig miteinbezogen werden kann.

Daniel Rotzetter

Eine Sekunde dauert es bis zu der ersten Reaktion zu der Motion. Gut ausgebauten öffentlichen Verkehr zu haben, ist sinnvoll. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Dass es nicht immer so einfach ist, da sind wir uns jetzt auch alle einig. Und so möchten wir von der GLP die Motion aus folgenden Gründen ebenfalls für Teil-Erheblich erklären.

Eine Minute brauche ich, um die nächste Bushaltestelle zu erreichen. Ein Privileg, das nicht die gesamte Baarer Bevölkerung hat. Gerade Alleinstehende in entlegenen Gebieten sind ja fast abhängig von einem eigenen Auto, was auch aus ökologischen Gründen ungünstig ist. Da würde eine neue Buslinie helfen.

Eine Stunde zu warten, dürfte zumutbar sein. Das Preis-Leistungs-Verhältnis des ÖV muss noch vertretbar sein und der Halbstundetakts bis Mitternacht bei zwei neuen Linien in Randregionen ist auch nicht wirklich notwendig. Wobei das Kostenargument bei der Antwort der Motion gut begründet werden muss, angesichts der Finanzlage, wie wir heute gesehen haben.

Ein Tag hat unterschiedliche Verkehrsaufkommen. Zur Rushhour könnte die Verlegung des Autos auf einen Bus auch Entlastung auf den Strassen und im Gemeindezentrum bringen. Zu Randzeiten an Orten mit weniger Personenaufkommen, könnte vielleicht auch ein Rufbus genügen, was in dieser Motion auch noch nicht vorgesehen ist.

Eine Woche bedeutet für mobilitätseingeschränkte bzw. ältere Menschen mehrmals, auf Angehörige angewiesen zu sein, um ins Zentrum zu gelangen. Der Gemeinderat schreibt in der Motion, er habe Zweifel, ob der Bedarf nach einem Ortsbus besteht. Wir haben Zweifel, ob kein Bedarf besteht. Zum Beispiel zum Einkaufen, zum Weiterreisen, für eine ärztliche Behandlung oder um an der Gemeindeversammlung ihre Stimme abzugeben, solange es noch kein Gemeindeparlament gibt.

Ein Monat, finden wir von der GLP, könnte sich der Gemeinderat mindestens noch Zeit nehmen, um weitere Alternativen zu prüfen. Wir erkennen dabei auch die Schwierigkeit, eine angemessene Variante zu finden, bei den Einbahnstrassen, engen Platzverhältnissen sowie bei der Berücksichtigung der Barrierefreiheit. Aber es gäbe noch andere Möglichkeiten, als in der Motion erwähnt, wie alternative optimierte Routen, kleinere Fahrzeuge oder eben auch Rufbusse.

Ein Semester dauert es, um im Zürcher Vortal den ersten Probetrieb für selbstfahrende ÖV-Fahrzeuge einzurichten. Diese Technologie wird kommen, sie ist teilweise schon da. Und auch bei dieser Option könnten sich für technologieversierte Kantone gute Gelegenheiten bieten, um vorne mit dabei zu sein. Und die Zürcher würden wir auch noch überholen.

Ein Jahr Testbetrieb von einem Ortsbus in Baar würde mehr Kenntnis bringen unter Berücksichtigung der erwähnten Einschränkungen. Der Gemeinderat schreibt, er habe bei den Verkehrsbetrieben keine Reklamationen aus den betroffenen Quartieren gesehen. Wir finden eine qualitative Umfrage oder eben ein Testbetrieb wäre viel aussagekräftiger als nicht vorhandene Beschwerden.

Ein Jahr wird vergehen, bis der Zimmerberg-Basistunnel 2 fertiggestellt sein wird. Wir von der GLP möchten gerne für diesen Moment bereit sein und auch für die Fertigstellung des neuen Busbahnhofs sowie für das erwartete Bevölkerungswachstum in Baar. Darum beantragt die GLP Baar, die Motion für teil-erheblich zu erklären, mit Verweis auf die weiteren technologischen und organisatorischen Optionen, um entlegene Gebiete in Baar mit dem ÖV besser zu erschliessen, damit wir vorausschauend unterwegs sind für das nächste Jahrhundert.

Apropos Zeit, vielen Dank und schöne Weihnachtszeit.

Ivan Abramovic

Wir von der Mitte Baar wollen die Diskussion auf den Boden zurückholen. Wir haben gerade von einem Vergleich mit den Zürchern und wir haben von Labels gehört. Wir von der Mitte Baar finden, das ist nicht die Art, wie man Sachpolitik macht. Ich will kurz vorlesen aus der Motion. Der letzte Satz, was doch das Fazit vom Ganzen ist. «Die hervorragende finanzielle Situation der Gemeinde Baar erlaubt es, die Realisierung des Projekts, neue Ortspluslinien in Baar, umzusetzen.» Wir teilen das Anliegen des Motionärs, dass man auf einen guten ÖV achten sollte. Vor allem auch im Hinblick auf die kommenden Veränderungen durch den Zimmerberg-Basistunnel. Aber uns von der Mitte Baar fehlt der Bedarf. Man kann nicht sagen, dass wir genug Geld haben und wir das jetzt ausgeben können. So würden wir ja nie fertig werden, bei allen Anliegen, die es gibt und für die wir das Geld ausgeben könnten. Für uns von der Mitte Baar steht im Vordergrund, dass es datengetrieben und evidenzbasiert ist und dass man den Bedarf nachweisen kann.

Ich komme zuerst darauf zu sprechen, wieso man findet, dass die Motion als nicht-erheblich zu erklären ist. Und dann werde ich auch noch ein paar Kritikpunkte dem Gemeinderat zusprechen. Aus unserer Sicht fehlt der Nachweis von einem Mobilitätsproblem. Der Motionär stellt in der Motion mehrere Behauptungen auf, muss ich so nennen, die von einem bestimmten Mobilitätsdefizit sprechen. Es gibt jedoch keine belastbaren Daten oder Umfragen, die diese Aussagen untermauern. Es fehlt aus unserer Sicht an einer Analyse, die zeigt, dass ein substanzieller Teil der Bevölkerung

wirklich in den betroffenen Gebieten Schwierigkeiten hat, die bestehenden Angebote zu nutzen.

Die existierenden Alternativen sind der nächste Punkt, den ich anspreche. Die Gemeinde Baar verfügt bereits über einen guten Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und die vorhandenen Buslinien decken aus unserer Sicht die zentralen Bedürfnisse gut ab. Zusätzlich wird mit dem geplanten Ausbau der SBB-Infrastruktur eine weitere Verbesserung der übergeordneten Mobilität erwartet, was den innergemeindlichen Verkehr auch entlasten könnte.

Und nochmal zurück auf die Finanzen und auf das Geld, weil das wichtig ist. Die neuen Ortsbuslinien, es sind zwei an der Zahl, würden erhebliche laufende Kosten verursachen, die dann von uns als Steuerzahler, von der Gemeinde, getragen werden müssen. Und das ohne klaren Nachweis. Für uns erscheint das finanzielle Risiko zu gross. Es ist gut gemeint, aber bringt es etwas? Haben wir wirklich eine Entlastung? Das sehen unsere Mitglieder nicht wirklich. Und aus diesem Grund unterstützen wir die Einschätzung des Gemeinderats, die Motion als nicht-erheblich zu erklären.

Jetzt will ich aber auch kurz auf die Arbeit des Gemeinderats eingehen. Während wir die Ablehnung der Motion begrüssen, finden wir, dass es sich der Gemeinderat in seiner Beantwortung schon ein bisschen einfach gemacht hat. Der Gemeinderat lehnt die Motion mit der Begründung ab, dass kein Bedarf für neue Ortsbuslinien besteht. Das scheint uns auch der Eindruck zu sein und das mag auch stimmen. Aber auch das ist nicht wirklich durch fundierte Untersuchungen, Analysen oder Daten untermauert. Die Motion ist ja schon seit Ende April oder Anfang Mai auf dem Tisch. Da hätte man vielleicht noch etwas machen können.

Ein weiterer Punkt ist, wie es mit dem SBB-Ausbau aussieht, was da genau antizipiert wird. Es ist darüber geredet, dass es ja erst in 2030 angegangen wird und dass man bis dann mit vielen nicht so gut voraussehbaren Sachen zu tun hat. Auch hier hätte es uns interessiert, was da so antizipiert wird. Und die Kosten-/Nutzenabwägung, finden wir, hätte mit mehr Detail gemacht werden können.

Zusammenfassend, danken wir Ihnen, wenn Sie einer Nicht-Erheblicherklärung dieser Motion zustimmen. Und dem Gemeinderat würden wir gerne ans Herz legen, dass er die Mobilitätsfragen, die sehr wichtig sind und in dieser Frage geben wir dem Motionär Recht, mit mehr Tiefgang angeht. Herzlichen Dank, schöne Adventszeit und dann irgendwann mal frohe Weihnachten.

Hans Küng

Ich möchte gleich ein paar Sachen abhandeln, bevor ich hier die ganze Liste voll habe. Zu Daniel Eichenberger, Sprecher der RGPK. Du hast gesagt, die Förderung des ÖV ist wichtig. Das ist auch dem Gemeinderat wichtig. Daniel Rotzetter hat gesagt, es braucht eine Sekunde, um zu sehen, dass es ein wichtiges Anliegen ist. Der Bedarfsnachweis wurde jetzt zwei, drei Mal angesprochen. Es stimmt, dass wir keine qualitative Umfrage in diesem Gebiet gemacht haben. Ivan Abramovic hat gesagt, dass die Motion Ende April eingegangen ist, wir haben jetzt Anfang Dezember. Es gibt eine erste und zweite Lesung, wir holen die Kommissionen ab und dann kommt die Drucklegung. Also es wird dann schon eher sportlich, das muss man sagen.

Die Bedarfsabklärung, die wir gemacht haben, ist folgende. Zwischen den jeweiligen Fahrplänen kann die Bevölkerung auf der Gemeinde eine Rückmeldung machen. Das

betrifft nicht nur die Gebiete, das kann man im ganzen Gemeindegebiet machen. Aus den Gebieten, die in der Motion angesprochen wurden, hatten wir in der Vergangenheit keine bis sehr wenige Rückmeldungen. Wir haben bei der ZVB nachgefragt. Auch ihnen sind keine Rückmeldungen aus diesen Gebieten bekannt, dass ein Bus fehlt. Und das Dritte, aber auf keinen Fall ist das repräsentativ für das ganze Gebiet. Wir haben im Zusammenhang mit der Abteilung Soziales / Gesellschaft die Quartiersspaziergänge, bei denen die Pensionierten angeschrieben werden. Man geht durch das Quartier und holt den Bedarf ab, was im Quartier fehlt. Da geht es um Bänke und um genau solche Dinge. Wir haben im Gebiet Schutzengel einen Quartiersspaziergang durchgeführt. Es wurden 200 Personen angeschrieben, 50 sind gekommen und an diesem Quartiersspaziergang ist der ÖV und die Mobilität im Quartier Schutzengel kein Bedürfnis gewesen. Und das ist ein gewisser Bedarf, der für uns nicht da ist, aber es ist klar, ich nehme das auf mich, wir haben keine qualitative Umfrage gemacht. Das hätte man durch ein externes Büro machen lassen müssen. Es gibt sicher Leute, die auf das spezialisiert sind. Vielleicht würde nachher auch ein Bedarf ausgewiesen werden. Auch wenn von Ende April bis jetzt ein paar Monate vergangen sind, hätte es nicht gereicht. Wir haben während dieser Zeit einiges abklären dürfen und Gespräche mit dem Motionär geführt.

Dann wurde das kommunale Gesamtverkehrskonzept angesprochen. Das ist auf der Homepage der Gemeinde Baar. Das ist, meinte ich, vom 20. März 2022. Es ist also in der letzten Legislatur herausgekommen. Und dort geht es unter anderem um den Früeberg, dieser ist als mögliche Massnahme definiert für Rufbus, selbstfahrender Shuttle. Das haben wir damals schon mal aufgenommen. Seitdem wurde aber nichts weiter abgeklärt. Ich glaube, der selbstfahrende Shuttle ist im Moment auch noch kein Thema. Man hört auch seitens des Kantons, dass da gewisse Bestrebungen laufen. Wenn der neue Bushof kommt, sind wir vielleicht ein bisschen weiter. Stand heute ist das aber noch nicht möglich.

Eine Stunde Wartezeit wurde angesprochen. Das ist möglich. Wir haben mit dem Motionär gesprochen und er hat gesagt, dass er keinen Bus möchte, bei dem man nicht weiss, wann er fährt. Es soll schon eine gewisse Verbindlichkeit geben. Das ist im Gespräch herausgekommen. Deshalb hätten wir einen takteten Betrieb.

Auf die Kritik von Ivan Abramovic kann ich nochmal zurückkommen. Wir haben die fundierte, qualitative Abfrage oder Umfrage nicht gemacht. In diesen Gebieten haben wir uns auf die Dinge gestützt, die wir in der kurzen Zeit machen konnten.

Zum Thema SBB gebe ich noch Zari Dzaferi das Wort. Er kann sicher noch zwei, drei Ausführungen machen, wie es dort weitergeht.

Zari Dzaferi

Es ist ja bekannt, dass die SBB die Linie Richtung Zürich ausbaut. Und wir sind dran, den Bushof zu erweitern. Wir haben auf der südlichen Seite Halteketten und jetzt wollen wir auch auf der nördlichen Seite Halteketten erstellen. Im Rahmen der Erstellung und Erweiterung des Bushofs, kann ich mir vorstellen, dass wir auch überprüfen, inwiefern wir künftig für Gebiete wie Mühlebach, Früeberg usw., Busse einsetzen können. Aber es ist für uns verfehlt, wenn wir heute die Motion teil-erheblich erklären, Wir haben auch hier ganz klar in der Vorlage kommuniziert, dass wir uns im Rahmen der Erweiterung des Bushofs mit dieser Aufgabe auseinandersetzen. Und wenn Hans und ich das sagen, dann wird das auch gemacht.

Gaby Billing

Wir danken dem Motionär Alfred Heer, dass er die Motion eingereicht hat, und wir danken dem Gemeinderat für die Abklärungen. Die SP Baar findet weder den Vorschlag der Motion noch der des Gemeinderats ideal, um diese Quartiere zu erschliessen. Die Motion zeigt auf, was im Gesamtverkehrskonzept der Gemeinde bestätigt wird. Nämlich, dass viele Menschen in Baar in Quartieren wohnen, die schlecht oder mittelmässig mit dem ÖV erschlossen sind. 60 % der Leute in Baar und 49 % der Arbeitsplätze befinden sich in Quartieren mit schwacher oder mittelmässiger Anbindung an den ÖV, die sogenannten Zonen C und D. Das ist wahrscheinlich mit ein Grund, dass der Anteil von mit ÖV gefahrenen Kilometern tiefer ist als in vergleichbaren Gemeinden in der Schweiz. In Baar werden 19 % mit dem ÖV zurückgelegt. Zum Vergleich, der Schweizer Schnitt in ähnlichen Gemeinden liegt bei 25 bis 30 %. Ich denke, wir haben da schon auch gewisse Zahlen, die darauf hinweisen, dass wir den Anteil noch erhöhen können und das Angebot vielleicht verbessert werden könnte.

Aus den Unterlagen geht hervor, dass der motorisierte Individualverkehr den ÖV behindert. Es gibt Staus, weil viele Menschen mit dem Auto fahren, statt den ÖV zu nutzen. Das gibt einen Teufelskreis. Baar wächst, und zwar gerade in den Quartieren, die in den Zonen C und D sind. Das führt zu noch mehr Verkehr und noch mehr Stau. Was müsste sich ändern? Es muss einfach und bequem sein, den ÖV zu nutzen. Darum müssen die Quartiere besser an den ÖV angebunden sein. Ein gutes Beispiel ist die Stadtbahn, die vor 20 Jahren eröffnet wurde. Sie hat die Mobilität im Kanton Zug positiv verändert. Das Projekt wurde mit viel Leidenschaft umgesetzt. Es ist jetzt an der Zeit für die nächsten Schritte, damit wir nicht im Stau stecken bleiben. Es gibt tolle technische Entwicklungen, die neue Lösungsmöglichkeiten bieten. Digitalisierung mit Einsatz von Apps, selbstfahrende elektrische Autos und Kleinbusse, bessere Batterien mit kürzeren Ladezeiten. Aber auch die Gesellschaft verändert sich. Es wird verdichtet gebaut, sodass mehr Menschen auf der gleichen Fläche leben können. Es gibt mehr ältere Menschen, die auf den ÖV angewiesen sind. Und mehr und mehr gibt es Leute, vor allem junge Menschen, die aufs eigene Auto verzichten und eine gute Anbindung an den ÖV wünschen.

Es gibt in der Schweiz und im Ausland einige Städte und Agglomerationen, die bei der Erschliessung von Aussenquartieren neue Wege gegangen sind. Und an diesen Orten hat es sehr wahrscheinlich auch enge Strassen wie bei uns die Leihgasse. In Chur zum Beispiel soll es ab 2026 tangentielle Verbindungen mit Elektrobussen geben und in anderen Ländern gibt es flexible Angebote auf Abruf.

Aus diesem Grund unterstützt die SP Baar den Antrag der RGPK und möchte, dass die Motion teil-erheblich erklärt wird. Wir hoffen natürlich, dass der Gemeinderat zukunftsrichtend nach vorne schaut nicht nur eine neue Buslinie prüft, sondern Unterlagen erstellt, die es ermöglichen, zu entscheiden, wie Mobilität in Zukunft aussehen könnte. Digitalisierung, Elektrifizierung von Transportmitteln und bessere Batterien bieten ganz neue Möglichkeiten. Das Ziel muss sein, die Wohn- und Arbeitsgebiete der Zonen C und D auf eine moderne, flexible und sicher bezahlbare Art zu erreichen. Eine weitere traditionelle Buslinie ist vielleicht nicht die beste Lösung. Wir danken Ihnen, wenn Sie den Antrag der RGPK annehmen und die Motion teil-erheblich erklären.

Hans Küng

Danke für Deine Worte zur Abklärung. Auf Seite 47 unten rechts steht, dass 40 % der Einwohner und 51 % der Beschäftigten sehr gut erschlossen sind. Diese Zahlen hast Du einfachheitshalber umgekehrt und gesagt, die anderen sind nicht so gut erschlossen. Ich gebe Dir ein Stück weit recht. Aber wenn wir sehen, dass 51 % der Beschäftigten sehr gut erschlossen sind, das sind die Zonen A und B, dann sind C und D noch nicht dabei, dann sind es über die Hälfte, die gut zum Arbeitsplatz kommen. Und ich denke, das muss man auch anerkennen.

Du hast die Stadtbahn angesprochen. Die Stadtbahn ist ein Erfolgsprojekt im Kanton Zug. Ich glaube, das kann man nicht wegdiskutieren. Da profitieren wir natürlich jetzt auch seitens des Gemeinde Baar extrem von diesem Anschluss. Die Stadtbahn wurde vor 20 Jahren gemacht und damals war es noch ein bisschen weniger verbaut rundherum. Jetzt wird es natürlich schwierig, diese auszubauen. Was dann passiert mit dem Zimmerberg-Basistunnel und wie es allenfalls im Bereich Zug noch weitergeht, werden wir sehen. Aber nichtsdestotrotz, die Technologie macht einen grossen Schritt. Davor dürfen wir uns auch als Einwohnergemeinde Baar nicht verschliessen sein und das anerkennen. Im ÖV sind selbstfahrende Fahrzeuge noch nicht an der Tagesordnung. Es gibt aktuelle Projekte und es gibt auch Projekte, die sistiert wurden, weil es zu gefährlichen Situationen gekommen ist. Wenn es funktioniert, muss man es sicher prüfen. Der Kanton Zug macht dort einiges und hat bereits Vorstellungen von solchen Anbietern genossen. Es ist einfach noch nicht dort, wo es hin muss, damit es sicher ist. Aber es wird vermutlich ein Teil unserer Zukunft sein.

Malena Raud

Ich bin Malena Raud von der ALG. Zuerst möchte ich mich beim Gemeinderat bedanken, dass er die Motion so ausführlich beantwortet hat. Ich steige gleich mit einer persönlichen Anekdote ein. Gerade als ich genau dieses Heft von der Gemeindeversammlung in der Hand hatte und den Teil dieser Motion durchgelesen habe, kam meine Grossmutter bei uns herein, um das Mittagessen zu machen. Meine Grossmutter ist 90 Jahre alt und läuft immer noch viel, so viel wie es geht. Mittlerweile hat sie zwar einen Rollator, aber sie kann immer noch zu Fuss einkaufen. Sie wohnt nämlich relativ zentral und zum Glück ist der 5-Minuten-Fussmarsch für sie noch möglich. Aber was ist, wenn es nicht mehr möglich wäre? Natürlich kann man sich arrangieren, wenn es zu Fuss nicht mehr geht. Sie hat eine Familie, die auf sie schaut. Aber nicht alle Leute wohnen so zentral. Nicht alle Leute können noch 10 Minuten laufen und an einem Quartiersspaziergang teilnehmen. Und nicht alle Leute haben ein Umfeld, das für sie einkaufen kann. Um mobil zu bleiben, braucht es den ÖV. Aber nicht nur ältere Leute, sondern auch Personen, die kein Auto haben oder aus gesundheitlichen Gründen kein Auto fahren können, sind auf den ÖV angewiesen. Und die Wocheneinkäufe nach Hause tragen, ist für viele einfach fast nicht oder einfach nicht mehr möglich. Mobilität ist unglaublich wichtig für alle. Und darum müssen wir auch schauen, dass alle den Zugang dazu haben.

Wir von der ALG finden es super und auch sehr sinnvoll, wenn wir die Chance mit dem neuen Busbahnhof nutzen. Immerhin, wenn man sich die Karten von Seite 48 anschaut, sieht man doch, dass sehr viele Quartiere, wie zum Beispiel Himmelrich, Schutzengel, Mühlegasse, Inwil, Grund, Altgasse, halt doch nur eine geringe bis mittel-

mässige Erschliessung haben. Und der Früeberg, der ist nicht einmal in so einer Kategorie. Aber wie lange geht das wohl? Natürlich müssen wir auf dem Boden bleiben und die Situation genau anschauen. Die einen von unserer Partei sind für eine Erheblicherklärung, weil sie finden, es muss etwas gehen und es gebe dazu immer einen Weg. Und wie die RPKG finden die anderen, sollte die Motion mindestens als teil-erheblich erklärt werden. Zeigt sich, dass die Strassen zu schmal sind für einen normalen Bus, würde ich gerne auch die Idee bringen, dass man sich dann auf die Suche nach Alternativen macht. Schmale Strassen gibt es nämlich nicht nur in Baar. Und auch an anderen Orten hat man dafür eine Lösung. Wie zum Beispiel ein Kleinbus oder ein Rufbus. Letzteres ist sogar noch ressourcensparend, weil es bedarfsgesteuert ist. Alles in allem befürwortet die ALG die Stossrichtung des Motionärs. Er hat nämlich ein wichtiges Thema angeschnitten und ernst genommen.

Reto Leutenegger

Ich verlasse ganz kurz das Thema hinsichtlich der zukünftigen Anfrage bezüglich eines Parlaments. Was wir hier haben, ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie direkte Demokratie funktioniert. Wir haben eine Bürgermotion, die zu Diskussionen führt. Bleiben wir doch bei einem System, das funktioniert. Bleiben wir bei unserer Gemeindeversammlung.

Als Zweites mache ich einen Vorschlag. Vielleicht sollten wir es wie früher machen, dass wir zuerst alle Voten durchgehen und dann die Fragen beantworten.

Dann kommen wir schnell zum Thema. Auch ich danke für diese Motion. Sie hat mir sehr gefallen. Der ÖV ist unglaublich wichtig, das wurde heute schon häufig gesagt. Aber ich möchte betonen, dass Verkehr nicht nur eine Infrastrukturfrage ist. Es ist auch einer unserer Grundpfeiler unserer Gesellschaft und unseres Wohlstands. Der Kanton Zug hat sich ein ambitioniertes Ziel gesetzt. Er will ein Pionier im Bereich Verkehr werden. Entsprechend waren wir von der FDP erstaunt über den Antrag des Gemeinderats, die Motion als nicht erheblich zu erklären. Sollte Baar hier nicht innovativ sein und vorangehen? Wir meinen ja.

Die Motion adressiert ein reales Problem. Es gibt Gebiete, die schlecht erschlossen sind. Und das ist keine Nebensächlichkeit. Das sind wesentliche Schwachstellen in unserem Verkehrsnetz, die man anzugehen hat. Und zwar nicht nur als Gemeinde, sondern überregional. Die vorgeschlagenen Buslinien sind auch keine überzogene Forderung, sondern wären eine sinnvolle Ergänzung, um die Mobilität und die Lebensqualität von uns allen zu verbessern.

Der Gemeinderat argumentiert, dass die Umsetzung zu teuer sei und technische Herausforderungen mit sich bringe. Ja, das mag stimmen, lässt sich aber aus meiner Sicht noch ein wenig neu berechnen. Aber so eine Herausforderung sollte doch mehr ein Ansporn sein als eine Ausrede. Es braucht da mehr Elan, Aktivismus und auch vor allem Kreativität. Eine Bedarfsabklärung, wie sie die RPKG vorschlägt, ist das absolute Minimum. Wir brauchen klare Perspektiven und keine ewige Verschiebung bis ins 2030. Wir sind uns bewusst, dass nicht überall Haltestellen gebaut werden können. Da gibt es Regularien, die das einschränken. Das ist wichtig und richtig. Sie dürfen jedoch nicht zu einer Blockade werden. Es wurde schon erwähnt, dass kreative Lösungen gefragt sind. Diese kann man erarbeiten. Es braucht pragmatische Lösungen. Baar soll mit Engagement vorangehen, anstatt die Motion einfach als nicht erheblich zu erklären.

Der Verkehr betrifft uns alle. Ein gut funktionierender ÖV entlastet nicht nur den Individualverkehr, sondern leistet auch einen Beitrag zu den Klimazielen und verbessert allgemein die Lebensqualität aller Generationen von jung bis alt. Insbesondere von alt. Warum also nicht jetzt handeln und in die Zukunft investieren? Die FDP fordert daher auch, wie die RGPK und der Motionär, diese Motion als teil-erheblich zu erklären. Der Gemeinderat soll die Gelegenheit nutzen, eine sorgfältige Analyse durchzuführen und eine Bedarfsabklärung zu machen. Mit diesen Ansätzen können wir dann unseren Verkehr in Zukunft sauber gestalten.

Hans Küng

Ich gehe zuerst auf Malena Raud ein. Das, was Du angesprochen hast, ist es genau. Deine Grossmutter mag aktuell noch laufen, doch man weiss nicht wie lange noch. Der Gemeinderat schreibt auf Seite 54 unter Erwägungen des Gemeinderats, dass man nicht gegen den ÖV ist und dass man es im Vorhaben Wohnen im Alter genau prüfen wird.

Es wurden die Gebiete Schutzengel, Früeberg genannt, aber es gibt auch noch Deini-kon und Bofeld, wo vielleicht auch ältere Menschen wohnen, die nicht mehr gut zu Fuss sind. Das könnte man dann mit der Strategie Wohnen im Alter prüfen. Und dann ist es nicht nur auf die zwei oder drei Gebiete beschränkt.

Kurz zur Aussage von Reto, dass wir es mit Fragen so beibehalten sollen wie früher. Wir haben das heute so gemacht, weil wir denken, dass viele Fragen kommen und weil wir nicht wollen, dass wir irgendetwas vergessen. Deshalb habe ich Walter Lipp gebeten, dass ich schon zwischendurch antworten kann. Am Schluss können unbeantwortete Fragen noch beantwortet werden, aber so können wir sicher vieles vorab klären.

Verkehr ist der Grundpfeiler unserer Gesellschaft, da bin ich absolut bei Dir, Reto. Und ja, es braucht kreative Lösungen. Du hast die Bushaltestellen angesprochen. Bei den Bushaltestellen ist die kreative Lösung nicht ganz so einfach. Es gibt gesetzliche Grundlagen. Und natürlich kann man beim Bus etwas machen. Wie Malena vorhin auch gesagt hat, kann der Bus elektrisch oder ein Kleinbus sein. So weit sind wir aber noch gar nicht. Wir haben einfach geschaut, wie man die Buslinie gestalten könnte. Welches Fahrzeug dann auf dieser Linie fahren würde, soweit sind wir wirklich noch nicht. Wir haben den Bedarf in diesen Gebieten nicht fundiert abgeklärt. Wir sind noch nicht bei der Buslinie oder bei welchem Bus oder welches Modell dann auf diesen Linien fährt. Es soll auch nicht eine Ausrede sein, um das einfach abzuwimmeln. Wir haben geschrieben, dass das Thema ÖV auch im Zusammenhang mit dem Bushof sowieso auf dem Radar sein wird. Für den Kanton und auch für die ZVB ist der Bushof, der zu Baar entsteht, vermutlich strategisch sehr wichtig. Und das ist nicht nur bei uns ein Thema, wir suchen nach einer guten Lösung. Und das ist nicht eine Ausrede, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Wie ich am Anfang gesagt habe, sind das die Kosten, die wir ausgerechnet haben. Wir können nicht einfach einen anderen Busdienst nehmen. Wir haben den Tarifverbund. Deshalb können wir niemanden anstellen, der einfach am Nachmittag mit dem Bus hin und her fährt. Das würde nicht gehen. Wir müssen das gleich handhaben, wie sonst in der Gemeinde. Sonst ist diese Ortsbuslinie nicht kompatibel mit dem restlichen ÖV in der Gemeinde Baar.

Lars Affentranger

Die SVP Baar versteht das Anliegen des Motionärs und ist grundsätzlich nicht gegen ein gutes ÖV-Netz in der Gemeinde Baar. Aktuell ist es aber aus Sicht der SVP der falsche Zeitpunkt für die Motion. Der Busbahnhof rund um den Bahnhof Baar soll um das Jahr 2030 neu realisiert werden. Für den Gemeinderat und die Kommissionen werden dann Diskussionen zum Thema Busbahnhof Nord auf Seite Bahnmatt unumgänglich sein.

Den Busbahnhof Nord bräuchte es jetzt schon, wenn wir die zwei neuen Ortsbuslinien einführen würden, da der aktuelle Busbahnhof über keine freien Kapazitäten mehr verfügt. Dazu kommt auch, dass die entsprechenden Gebiete teilweise baulich nicht den Minimumanforderungen an Strassenbreite fürs Kreuzen von zwei Bussen entsprechen. Der Faktor Sicherheit wäre somit aus unserer Sicht nicht gewährleistet.

Wie man aus dem Budget vernimmt, zahlt die Gemeinde Baar jährlich rund CHF 1,5 Mio. Abgeltung an die ZVB. Allein für die zwei geforderten Buslinien, laut Motion, müsste die Gemeinde Baar jährlich ca. CHF 3 Mio. Abgeltung zahlen. Dazu würden noch einmalige Kosten für 16 zusätzliche Halterstellen von ca. CHF 2 Mio. exklusiv Mehrwertsteuer dazukommen. Somit wären wir im ersten Jahr bei rund CHF 5 Mio., die die Gemeinde Baar allein finanzieren müsste. Selbst bei der alternativ ausgearbeiteten Variante der Gemeinde Baar mit nur einem Ortsbus sind wir bei einer jährlichen Entschädigung von CHF 1,1 Mio. an die ZVB und der Bau von zusätzlichen 10 Halterstellen würde auch hier einmalig nochmals CHF 1,25 Mio. exklusiv Mehrwertsteuer kosten.

Aus Sicht der SVP Baar sind die Kosten in keinem Verhältnis zur Nachfrage. Es gab Abklärungen von der Gemeinde bei der ZVB, dass aus den entsprechenden Gebieten keine Anfragen in den letzten Jahren eingegangen sind. Aus unserer Sicht sollen neue Staatsaufgaben nur dann eingeführt werden, wenn der Bedarf auch effektiv nachgewiesen ist. Das soll man auch in finanziell guten Zeiten bedenken. Denn alles, was man jetzt einführt, kann man nicht einfach so schnell wieder rückgängig machen.

Die SVP Baar erhofft sich, dass der Gemeinderat bei der Planung des neuen Busbahnhofs entsprechende Anliegen einfließen lässt und im Interesse der Baarer Bevölkerung handelt. Aus den vorgenannten Gründen empfiehlt Ihnen die SVP, dem Antrag des Gemeinderats und der Verkehrs- und Tiefbaukommission zu folgen und die Motion als nicht erheblich zu erklären. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und schöne Festtage.

Hans Küng

Die Strassenbreite wurde schon mehrfach angesprochen. Auf diese muss ich nicht mehr eingehen. Die Kosten von CHF 5 Mio., die im ersten Jahr anfallen würden, habe ich aus Transparenzgründen auch am Anfang erwähnt. Dort haben wir die Bushaltestellen reingenommen. Diese Kosten würden nicht alle per Stichtag anfallen, das habe ich auch gesagt. Aus Transparenzgründen, wenn wir die Bushaltestelle so bauen wollen, wie es in der Motion beschrieben ist, sind es einfach die Kosten, die auf uns zukommen. Es muss nicht im ersten Jahr sein, dass die Kosten anfallen, aber diese würde sicher auf uns zukommen.

Felizia Huber Meier

Ich bin hier als direkt Betroffene. Ich kenne den Herrn Heer nicht. Das will ich einfach gerade am Anfang so erwähnen.

Erstmal ein Dankeschön an Herr Heer und auch an den Gemeinderat, der eine kostengünstigere Alternative für die Erschliessung mit nur einer Ortsbuslinie geprüft und berechnen lassen hat. Auch diese berechnete Variante 2 auf der Seite 53 finde ich beträchtlich von den Kosten. Ich möchte folgende kurze Bemerkungen dazu machen, es ist schon sehr viel dazu gesagt worden. Ich möchte Sie einfach darauf sensibilisieren, dass ich als Anwohnerin des Gebiets Früeberg, Aberenrain, Aberenterrasse direkt betroffen bin. Wie auf der Seite 48 ersichtlich, ist das Gebiet nicht nur gering erschlossen, sondern eben gar nicht erschlossen.

Bei dieser Buslinie sehen wir dann auch das Gebiet Schutzengel. Ich habe nachgeschaut, es gibt dort die Bushaltestellen Lättich, Paradies, Brauerei und Oberdorf, welche teilweise von diversen Buslinien angefahren werden und somit gut bis mittelmässig erschlossen sind. Unsere nächste Haltestelle ist die Früebergstrasse bei der Linie 604. Oder der Bahnhof. Von dort bis zum Ende der Brücke, die über die Autobahn geht, läuft man gut rund 15 bis 20 Minuten. Und nebenbei ist es eine nicht zu unterschätzende Steigung, die wir noch überwinden müssen.

Es stellt sich für mich auch die Frage, ob die evaluierte, vom Gemeinderat erarbeitete Variante wirklich zehn Haltestellen benötigen würde. Und ob die Kosten dann nicht auch sehr viel tiefer gehalten werden könnten, mit eben weniger Haltestellen. Ich verweise jetzt nur auf das Gebiet Schutzengel. Es ist auch erwähnt worden, dass dort die Quartiersspaziergänge bereits stattgefunden haben. Meines Wissens haben diese im Gebiet Aberen, glaube ich, noch nichts stattgefunden, aber ich weiss es nicht genau.

Heute wird diskutiert, ob man die Motion teilerheblich erklären soll. Jetzt sind wir aber in einem Zeithorizont bis 2030, wenn das in Kraft tritt. Ich fände es schade, wenn wir das jetzt schon im Keim ersticken würden. Der Bedarfsnachweis wurde nicht erbracht. Es wurde gesagt, es sei nie nachgefragt worden. Es wurde von verschiedenen Vorrednern gesagt, es seien Alternativen zu prüfen, es sei Kreativität gefragt. Ein Testbetrieb sei allenfalls einzuführen. Es geht auch nicht nur um die alten Leute. In den Gebieten, die ich erwähnt habe, und auch noch in anderen nicht erschlossenen Gebieten oder schlecht erschlossene Gebieten, wohnen nicht nur alte Leute, es gibt auch sehr viele schulpflichtige Kinder mittlerweile, die auch froh wären, sie müssten nicht zuerst 15 bis 20 Minuten laufen bis zu der nächsten Bushaltestelle.

Es hat Schwachstellen, das wurde von verschiedenen Parteien genannt. Eine Bedarfsabklärung ist nicht gemacht worden. Ich bitte Sie, in Erwägung zu ziehen, die Motion nicht nur teilerheblich zu erklären, sondern an den Gemeinderat zurückzuweisen. Jetzt, wo man an einer Alternative so nah dran ist, und nicht erst warten muss, bis der Busbahnhof eingeführt wird.

Hans Küng

Frau Huber Meier, ich möchte auf zwei Punkte eingehen. Wir wissen noch nicht, ob es zehn Haltstellen braucht, das ist einfach der ausgearbeitete Vorschlag. Ob es dann fünf sind, oder 15 sein müssen, das wird sich dann zeigen. Man wird sehen, wo man eine Bushaltestelle bauen kann. Und wenn man eine bauen kann, dann müssen die Normen beachtet werden. Im besten Fall ist es an einem Ort auf Gemeindeland, sonst

muss man das Land zuerst noch erwerben. Es ist noch zu früh, um zu beantworten, wie viele Bushaltestellen es braucht. Der Vorschlag, der ausgearbeitet worden ist, oder die Alternative, ist eigentlich eine Zusammenlegung der Motion, wie sie gefordert ist. Die Bushaltestellen wurden teilweise so übernommen.

Zum Zeithorizont. Stand heute ist es wirklich so, wie Lars Affentranger gesagt hat, dass der Bushof Baar voll ausgelastet ist. Die Busse haben dort keinen Platz mehr zum Anhalten. Ich habe es vorhin kurz erwähnt, die Busse 3 und 4 können nur noch an der vordersten Kante anhalten, weil sie sonst nicht mehr rausfahren können. Es ist alles ein bisschen zu eng geworden, auch mit dem Gebäude vorne, wo der Kiosk drin ist. Darum der Horizont 2030 mit dem neuen Bushof. Beim Bushof Nord gibt es allfällige neue Möglichkeiten. Darum ist das so entstanden. Ich hoffe, ich konnte die Frage beantworten.

Walter Lipp

Das Wort wird im Moment nicht verlangt oder nicht mehr verlangt. Danach müssen wir darüber abstimmen, ob die Motion erheblich, teilerheblich oder nicht erheblich erklärt wird. Die RGPK hat beantragt, die Motion teilerheblich zu erklären. Das heisst, dass mit dem neu geplanten Bushof zusätzliche Buslinien nach einer Bedarfsabklärung geprüft werden können und die Verkehrs- und Tiefbaukommission frühzeitig in Prozesse einbezogen wird.

Wenn jetzt das Wort nicht mehr verlangt wird, kommen wir zur Abstimmung. Wir schlagen Ihnen Folgendes vor. Zuerst stimmen wir über die Erheblich- oder Teilerheblicherklärung ab. Der Obsiegende wird dem Antrag des Gemeinderats gegenübergestellt. Ich stelle fest, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Antrag

Die Motion von Alfred Heer betreffend «Errichtung und Betrieb zweier neuer Ortsbuslinien in der Gemeinde Baar» sei im Sinne der Erwägungen als nicht erheblich zu erklären.

Beschluss

Dem Antrag des Gemeinderats, die Motion von Alfred Heer zur Errichtung und Betrieb zweier neuer Ortsbuslinien in der Gemeinde Baar im Sinne der Erwägungen des Gemeinderats nicht erheblich zu erklären, wird nicht zugestimmt.

Der Antrag der RGPK auf Teilerheblicherklärung wird mehrheitlich gutgeheissen.

Traktandum 5

Interpellation der «Die Mitte Baar» betreffend «Die Schule ist gefordert!» – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderats vom 22. Oktober 2024 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Jonas Utiger

Im Namen der Mitte Baar möchte ich mich zuerst herzlich bedanken für die Ausführungen zu unserer Interpellation «Die Schule ist gefordert». Erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Herausforderung der Heterogenität in der Schulklasse ernst genommen, analysiert und aktuell insgesamt gut gemeistert wird. Konkret begrüßen wir, dass ab dem Schuljahr 2025/2026 die Richtzahl 18 für Kindergarten und Schulklassen angewendet wird.

In Anbetracht der vorher ausgewiesenen sehr guten finanziellen Lage unserer Gemeinde könnte man vielleicht sogar mit dem Gedanken spielen, künftig die Schulklassen noch ein bisschen weiter zu verkleinern. Angebote wie Schulinseln, Time-Ins und Begabtenförderung könnten weiter ausgebaut werden. Schnelle und unkomplizierte Lösungen sind wichtig, um die Lehrkräfte tatsächlich auch zu entlasten und nicht mit administrativem Mehraufwand zusätzlich zu belasten. Wir finden es auch sinnvoll, dass die Rolle der Eltern künftig noch stärker mit einbezogen wird und Ideen entwickelt werden, wie von den Eltern bei der Schulbildung ihrer Kinder mehr Unterstützung und Verantwortung eingefordert werden kann.

Zusammengefasst sehen wir es als sehr positiv, dass im Bereich der verschiedenen erwähnten Supportmassnahmen ein Gesamtkonzept ausgearbeitet wird. Für eine wirkungsvolle Evaluierung dieser Massnahmen ist es sicher auch wichtig, dass genügend Ressourcen dabei sind, damit diese Massnahmen dann auch effektiv angewendet werden. Ich bin mir bewusst, dass die Schule ein emotionales und ein komplexes Thema ist, vielleicht sogar noch mehr als der ÖV. Schliesslich sind wir alle mal in die Schule gegangen und jeder fühlt sich ein bisschen als Experte in diesem Bereich. Bezeichnenderweise reden jetzt auch Juristen zu Ihnen und nicht etwa die Pädagogen. Gerade darum möchte ich aber betonen, dass die Qualität des Unterrichts letztlich nur durch gut ausgebildete Fachkräfte gewährleistet werden kann. Es gilt, unseren Lehrkräften an den Baarer Schulen Sorge zu tragen und ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen, damit sie ihren Beruf gern und auch langfristig ausüben können. Auch Klasseassistenten, Zivildienstleistende, Seniorinnen und Senioren sind eine wertvolle Ergänzung und Unterstützung in der Schule. Aber, wie das auch der Gemeinderat festgehalten hat, kein Ersatz für pädagogisches, ausgebildetes Lehrpersonal. Es kostet natürlich, Team-Teaching-Ressourcen auszubauen. Aber ich persönlich finde, dass uns das etwas wert sein muss und dass Investitionen in die Bildung letztlich die nachhaltigste Art von Investitionen sind.

Es braucht deshalb weiterhin genügend Ressourcen, um den hohen Standard beizubehalten, eine vorausschauende Schulplanung und den Mut für kreative Lösungen. Ich bin mir sicher, dass künftig unsere Schulen auch weiterhin in sehr guten Händen sein werden. In diesem Sinne möchte ich schliessen und danke fürs Zuhören.

Karl Bürgler

Ich schliesse mich den Vorworten der Interpellanten an, habe aber noch einige Ergänzungen. Als Vater von drei schulpflichtigen Kindern, als Kantonsrat und als Mitglied der Bildungskommission sowie allgemein als bildungsinteressierter Bürger beschäftigen mich doch häufig Fragen, die mit unserem Schulsystem über sämtliche Stufen hinweg zu tun haben.

Wir haben grundsätzlich ein ausgezeichnetes Bildungssystem und zu diesem müssen wir aber gleichzeitig auch Sorge tragen. Wie bei jedem System müssen Prozesse im Sinne der optimalen Qualität von allen Beteiligten immer wieder kritisch hinterfragt werden. Das hat der Gemeinderat gemacht und gibt Antworten auf die gestellten Fragen im Vorstoss. Die einen sind meines Erachtens gut, sehr gut. Andere, bin ich der Meinung, könnten selbstkritischer beantwortet werden. Unter anderem heisst es auf Seite 55, dass unsere Klassen in den vergangenen Jahren immer heterogener geworden sind. Mich interessiert, wie das in Baar konkret aussieht, wie das die Lehrpersonen erleben, was sich verändert hat und inwiefern die Tragfähigkeit unserer Schule gewährleistet ist, dass dieser Heterogenität auch begegnet werden kann.

Gemäss Gemeindeversammlungsvorlage gilt im Kanton Zug gemäss Schulgesetz, § 33, Absatz 2, grundsätzlich, dass die integrative Schulungsform gegenüber der separativen vorzuziehen sei. Ergänzend und korrekterweise ist hier aber festzuhalten, dass der Artikel im § 33, Absatz 2 auch noch mit folgendem Satz komplettiert wird: «Es können auch Kleinklassen geführt werden.» Weiter ist zu bemerken, dass Gemeinden dazu die Hoheit haben, sich für die Schulform zu entscheiden und dass das nicht vom Kanton vorgegeben wird. Ich darf darauf hinweisen, dass auch zwei von unseren anwesenden Gemeinderäten im November 2018 als Kantonsräte das Postulat in diese Richtung unterzeichnet und eingereicht haben, die eben die Vorteile der Kleinklasse auch erkannt haben. Hört man der Schule zu, dann merkt man, dass die Grenze dieses integrativen Systems bereits längere Zeit strapaziert wird. Mich interessiert deshalb, inwiefern Lehrpersonen und vor allem auch schulische Heilpädagogen und Heilpädagoginnen zu dieser grundsätzlichen Situation befragt worden sind. Oder wäre es nicht angebracht, auch da eine unabhängige Institution zu befragen? Warum werden die anderen Kantone bei der Wiedereinführung von Kleinklassen und grundsätzlich das Hinterfragen von diesem System ebenfalls kritisch hinterfragt? Haben wir genügend ausgebildete und ich betone wirklich ausgebildete Heilpädagogen in unseren Schulen, um dem beschriebenen Weg korrekt und richtig gerecht zu werden? Und wie viel Personen, Lehrpersonen kommen unter anderem aufgrund des Schulsystems, das wir jetzt so leben, auch an ihre Grenzen, unter anderem vielleicht auch an gesundheitliche Grenzen?

Das bemerkenswerte ist, dass das revidierte Schulgesetz, das seit dem 1. August dieses Jahres in Kraft ist, auch mit dem Artikel 2a ergänzt worden ist. Und dieser lautet wie folgt: «Alle Gemeinden verfügen über ein Konzept zum Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten. Das Konzept umfasst ergänzend zu integrativen Unterstützungsmassnahmen auch ein Angebot zur kurz- und mittelfristigen Separation.» Es wird in der Regel auf das sogenannte Time-In, sicher ein löbliches System, verwiesen. Doch auch da ergeben sich meiner Meinung nach verschiedenste Fragen. Bewährt sich das? Was bedeutet kurzfristige Betreuung? Wie schnell hat eine Lehrperson Unterstützung, wenn es wirklich darauf ankommt? Und wie gesagt, ist das Thema auf Gemeindeebene gelöst oder könnte das unter Umständen auch ein Bedarf sein

auf Schulhausebene? Wo liegen da Bedürfnisse der Fachpersonen wie auch der Lehrpersonen? Und sind die erforderlichen Ressourcen gegeben, um auch dem entsprechend neuen Artikel 2a gerecht zu werden und diesen umzusetzen? Und vielleicht braucht es auch eine Erweiterung von diesen Stufen. Ist das ein Thema im Kindergarten? Ist die Zunahme dieser Heterogenität unter Umständen auch massgebend?

Ja, was will uns das alles sagen? Es liegt und bleibt an einer Gemeinde, sich kritisch, konstruktiv, aber auch innovativ mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Reduktion der Klassengrössen auf 18 erachten wir als sehr guten Schritt. Meiner Meinung nach sollte das als Maximalzahl angeschaut werden. Wir sind eine wohlhabende Gemeinde und wir können grundsätzlich ideale Rahmenbedingungen für unsere Bildung zur Verfügung stellen, was wir auch machen. Und vielleicht gibt es aber sogar Wege, die noch ein bisschen besser sind als optimal. Selbstverständlich sind die Kosten immer ein elementares Thema. Am Ende des Tages sprechen wir hier nicht von Ausgaben, sondern von Investitionen. Aber wie gesagt, dazu sollten wir die Fachpersonen gelegentlich befragen.

Einmal mehr, und das fordern wir von der FDP in diesem Kontext auf der kantonalen Ebene immer wieder, braucht es entsprechend erhobene Daten, um faktenbasierte Diskussionen führen zu können. Und meiner Meinung nach sind die Fakten, zumindest die uns zugänglichen und bekannten, auch da nicht ausreichend vorhanden. Darum, das haben wir heute Abend auch schon gehört, braucht es eine entsprechende anonyme Umfrage, bei der eben genau die in Baar angestellten Lehrpersonen befragt werden, wie das hier aussieht. Dann könnten wir nämlich mit diesen Voraussetzungen die Ressourcen, die wir dafür brauchen, auch zielgerichtet und möglichst effizient investieren.

Wir von der FDP nehmen von dieser Beantwortung Kenntnis, werden uns aber entsprechend kritisch der weiteren Entwicklung des Themas widmen, damit auseinanderzusetzen und uns bestimmt auch wieder einbringen. Besten Dank und auch von meiner Seite her schöne Festtage.

Mark Gustafson

Ich versuche, auf Deine Fragen so gut es geht einzugehen. Du hast mir als erstes die Frage gestellt, wie die Heterogenität wahrgenommen wird. Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, was wir hier beobachten. Einerseits sehen wir eine laufende Zunahme an Schülerinnen und Schülern mit DaZ-Bedarf, also diejenigen, die Deutsch als Zweitsprache haben. Das steigt über die Jahre immer mehr. Das ist ein Aspekt der Heterogenität, den wir sehen, der zu zusätzlichen Herausforderungen führt.

Auf Stufe Kindergarten, also beim Schuleintritt, stellen wir tendenziell über die Jahre eher fest, dass der Rucksack, den die kleinen Knöpfe mitbringen, leichter ist. Das heisst, es braucht initial einfach immer mehr Zeit, dass sie auf dem Niveau sind, das wir eigentlich erwarten würden beim Schuleintritt.

Und drittens nimmt die Bandbreite der Schülerinnen und Schüler nicht per se zu. Aber der Bildungsmittelstand innerhalb vom Gesamtgefüge nimmt ab und Unterschiede werden stärker. Das sind die Aspekte, die man von der Heterogenität wahrnimmt.

Du hast die Frage gestellt, wie wir das merken und wie wir das in die Schulentwicklung einfliessen lassen. Ganz wichtig sind natürlich die verschiedenen Gefässe, die einerseits stufenübergreifend sind, aber auch ein Austausch, der innerhalb der Stufen

und innerhalb der einzelnen Schulen stattfindet und gelebt wird. Einen offenen Austausch, damit wir auch die entsprechenden Feedbacks erhalten, als Input, wie wir unsere Schulen weiterentwickeln können. Das ist eine Innensicht, aber da gibt es natürlich auch immer eine Aussensicht. Da haben wir beispielsweise die externe Evaluation, die regelmässig durch den Kanton durchgeführt wird, die uns auch eine Chance gibt, dass wir einen Blick von aussen auf unsere Schule erhalten, um wertvolle Inputs zu bekommen, wie wir diese weiterentwickeln können.

Dann bist Du kurz auf das Konzept Time-In eingegangen, was wir im Prinzip als teilseparatives Angebot oder als Lösung haben und da hast Du ein paar Fragen gestellt. Einerseits die Geschwindigkeit, wie schnell es geht, bis Ressourcen vor Ort sind. Das ist etwas, was wir in der Evaluation, die über drei Jahre gegangen ist, aufgenommen haben. Man muss versuchen, so schnell wie möglich Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Und das ist etwas, was jetzt im finalen Konzept, wie es implementiert wird, auch entsprechend aufgenommen worden ist. Es ist jedoch nicht so, dass eine Lehrperson das Telefon in die Hand nehmen kann und dann klopft es fünf Minuten später an der Tür mit Hilfsangeboten. Es braucht immer noch Absprachen, wenn ein Kind ins Heim gehen sollte. Es müssen Ziele definiert werden, für das Kind, aber auch für die Klasse, für die Lehrpersonen und für die Eltern. Damit man da wirklich zielgerichtet, wirkungsvoll und hoffentlich effektiv handeln kann.

Dann hast Du die Frage gestellt, ob das Thema auf Gesamtschulen oder auf Einzelschulen ist. Einzelschulen, die Schulleiter, verfügen über einen gewissen Ressourcenpool, der in der ersten Phase helfen kann. Also wenn eine Lehrperson in einer bestimmten Situation mit einer Schülerin oder einem Schüler nicht mehr weiterkommt, hat der Schulleiter einen eigenen Ressourcenpool, bevor das Time-in der Gesamtschule zum Zug kommt. Einerseits ist es so eine Abstufung und andererseits können wir so schneller reagieren.

Und der nächste Punkt, wegen der Ressourcen. Der Kanton hat im Bericht hier salopp geschrieben, dass sie davon ausgehen, dass es keine Mehraufwände bei den Gemeinden verursacht. Das sehen wir anders und dementsprechend hat auch der Gemeinderat vor nicht allzu langer Zeit zusätzliche 170 Stellenprozente gesprochen, genau für dieses Gefäss.

Gurbetelli Yener

Die Alternative – die Grünen Baar betont die Bedeutung einer vorausschauenden und nachhaltigen Schulentwicklung, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Wir unterstützen den integrativen Ansatz der Schulen Baar. Wir fordern jedoch mehr Ressourcen, um Lehrpersonen zu entlasten und alle Kinder angemessen zu fördern.

Ich gehe auf fünf Kernpunkte ein. Der erste Kernpunkt ist der Umgang mit Heterogenität. Die Vielfalt in der Klasse stellt eine Herausforderung dar, bietet jedoch auch eine Chance. Eine inklusive Schule, die alle Kinder willkommen heisst und fördert, entspricht den Grundsätzen der Chancengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Der zweite Kernpunkt ist die Klassengrösse und die Ressourcen. Wir begrüssen die geplanten Anpassungen der Richtzahl auf 18 Kinder ab dem Schuljahr 2025/2026. Ebenso unterstützen wir eine Erhöhung der Ressourcen pro Klasse. Diese Massnahmen entlasten die Lehrpersonen und ermöglichen eine gezieltere Förderung von allen Schülerinnen und Schülern.

Der dritte Kernpunkt sind die teilseparativen Angebote. Das Konzept Time-In hat sich als ein wertvolles Instrument erwiesen, um Kinder mit besonderen Bedürfnissen kurzfristig zu unterstützen. Wir unterstützen die Erweiterung der Ressourcen, um den Einzelschulen mehr Handlungsspielraum zu geben.

Der vierte Kernpunkt. Die Begabtenförderung ist ein oft vernachlässigtes Thema, obwohl sie für die Entwicklung einer innovativen und kreativen Gesellschaft zentral ist. Wir fordern eine stärkere Betonung dieser Förderung, ohne dabei die anderen Schülerinnen und Schüler aus dem Blick zu verlieren.

Der fünfte und letzte Kernpunkt ist die nachhaltige Schulentwicklung. Die Schule von morgen muss auf Nachhaltigkeit setzen, nicht nur ökologisch, sondern auch sozial und organisatorisch.

Insgesamt begrüssen wir die Bemühungen des Gemeinderats, die Schule Baar laufend weiterzuentwickeln. Wir fordern jedoch, dass den Lehrpersonen und Schulen die notwendigen Mittel und Flexibilität gegeben werden, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, ohne dass dabei die Qualität des Unterrichts oder das Wohl der Beteiligten leidet. Die Alternative – die Grünen Baar steht für eine Bildungspolitik, die alle Kinder in ihrer Individualität stärkt, Lehrpersonen unterstützt und die Schule als Ort des sozialen und kulturellen Miteinanders fördert.

Roger Bürgisser

Mein Name ist Roger Bürgisser und ich komme aus Allenwinden. Ich bin Mitglied der Schulkommission für die SVP Baar. Es freut mich, ein paar Gedanken und Positionen zu teilen, die auch in der Interpellation «die Schule ist gefordert» angesprochen wurden.

Zuerst bedanke ich mich beim Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Sie zeigt, wie wichtig dem Gemeinderat unser Bildungssystem ist und wie damit umgegangen wird. Die Schulen Baar leisten eine hervorragende Arbeit. Sie sind nicht nur innovativ, sie sind auch ein sehr beliebter Arbeitgeber. Wenn man die gut 260 Stellen anschaut, sind nur 2,3 Stellen nicht besetzt.

Mit der kantonalen Schulgesetzrevision im August wurden alle Gemeinden vom Kanton angehalten, ein Konzept mit einem separativen Ansatz vorzulegen. Die Gemeinde Baar ist sehr innovativ, denn ein solches haben wir schon.

Aber jetzt kommen wir zu den Punkten, die uns von der SVP sehr wichtig sind. Wir möchten weniger Bürokratie, dafür mehr Zeit für Kernaufgaben. Ein zentraler Punkt soll doch sein, dass die Lehrpersonen von administrativen Aufgaben entlastet werden und sie sich mehr um die Schüler kümmern können. Also optimieren, was möglich ist. Ein guter Schritt ist sicher das Einführen der Klapp-Software. Das ist eine zentrale Plattform, mit welcher man Absenzen, Nachrichten, Dokumente und Termine zentral verwalten kann. Vorher wurde das mit WhatsApp, E-Mail etc gemacht.

Dann habe ich auch noch ein Beispiel, wo das Optimierungspotenzial verändert wurde. Die Schüler von Allenwinden haben eine Karte, mit der sie ausserhalb des Schulbusses Bus fahren können. Es sind etwa 45 Kinder, die das betrifft. Das heisst, der Rektor erstellt die Karte, es wird eingetragen, wo sie wohnen, wo sie hinfahren. Nun war es so, dass meine Tochter wieder in Inwil zur Schule musste. Das heisst, es musste wieder ein Nachtrag gemacht werden. Es war wieder ein administrativer Aufwand. Und all das, denke ich, fehlt dann vielleicht bei der Betreuung. Was ist die Ironie an der ganzen

Geschichte? Etwa drei Viertel der Allerwindner Kinder haben den Buspass gekauft. Das freut natürlich die ZVB, weil sie das Doppelte erhalten. Aber wir von der Gemeinde Baar haben einfach den Aufwand für nichts. Man könnte auch wie die Kanti einen gewissen Beitrag an die Eltern ausrichten und dann können sie einen regulären Buspass kaufen.

Erhöhen wir die Ressourcen pro Klasse? Nein, im Moment nicht. Da sind wir beim Thema der Qualität, wie auch die FDP gesagt hat. Ich glaube, wir müssen schauen, dass wir nicht das Problem zelebrieren und einfach mehr Ressourcen reinstecken. Nein, wir müssen schauen, dass wir die Probleme lösen können oder eben effizienter werden und vor allem auch ein bisschen mehr Mut haben, um salzige Zöpfe abzuschneiden, wie beim Abonnement. Es gab auch immer wieder Briefe, die beantwortet werden mussten usw.

Die Interpellation heisst «die Schule ist gefordert». Wir sagen, die Schule fördert und die Eltern sind gefordert. Zum Beispiel ist Deutsch als Schlüsselkompetenz wichtig für die kulturelle und gesellschaftliche Integration. Wäre es nicht etwa an der Zeit, dass wir im Sinne von 360-Grad-Involvement schauen, dass die Eltern dazu verpflichtet werden, am Elterngespräch zu sagen, was sie für ihre Kinder machen? Was sie beitragen? Das wurde ja vorhin angesprochen. Also auch, dass sie gewisse Verpflichtungen haben.

Dann zum Thema Erstkindergartenjahr. Nein, das machen wir nicht obligatorisch. Das lehnen wir von der SVP ab. Der Grund ist, dass es viele gute Angebote ausserhalb der Schule gibt. Eltern-Kind-Treff Baar, interkultureller Krabbeltreff, als Beispiele. Die Fachstelle Punkto hat Angebote, die man ausserhalb der Schule nutzen kann. So hat jede Familie die Möglichkeit, ihrem Kind das mitzugeben, was es braucht in diesem Jahr. Ein Zitat auf der Homepage der Fachstelle Punkto hat mir gefallen: «Vieles, was in dieser Lebensphase versäumt oder vernachlässigt wird, ist später schwer aufzuholen.»

Einführungsklassen sehen wir als Chance für individuelle Förderung und zwar ohne Stress. Die SVP spricht sich dafür aus, Einführungsklassen wieder einzuführen. Kinder, die es brauchen, haben mehr Zeit zu lernen und dies ohne den Druck von den leistungsstarken Kindern.

Die SVP steht für eine praxisnahe, effiziente, bedarfsgerechte Schule, die auch mutig ist. Die Baarer Schulen machen einen super Job. Auch ausserhalb der Schule gibt es Angebote. Darum denke ich, ist es wichtig, dass man diese besser nutzt und so gewisse Themen auch besser analysieren kann. In diesem Sinne sage ich nochmal besten Dank, Mark, für die gute Zusammenarbeit. Und Vital, ich freue mich.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der «Die Mitte Baar» betreffend «Die Schule ist gefordert!» sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der «Die Mitte Baar» betreffend «Die Schule ist gefordert!» wird Kenntnis genommen.

Walter Lipp

Wir sind am Schluss der Gemeindeversammlung. Aber etwas fehlt noch. Wir verabschieden den Präsidenten der RGPK, Thomas Gwerder. Die Laudatio wird der neue Präsident der RGPK, Daniel Eichenberger halten.

Daniel Eichenberger

Heute Abend ist Thomas Gwerder zum letzten Mal in Amt und Würde als Präsident der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission an einer Gemeindeversammlung anwesend. Er war von 2008 bis 2012 fünf Jahre Mitglied der RGPK und von 2015 bis 2024 ihr Präsident. Insgesamt also 15 Jahre an Bord. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, das Wirken von Thomas in einen nicht ganz ernstesten Kontext zu stellen und mit einem grossen Dank zu verbinden.

Neil Armstrong hat nach seiner Landung auf dem Mond gesagt, das sei ein kleiner Schritt für den Menschen, aber ein grosser Schritt für die Menschheit. Ich möchte den Satz ein wenig umnutzen und sagen, dass der Rücktritt von Thomas Gwerder als Präsident der RGPK ein grosser Schritt für ihn ist, aber ein kleiner Schritt für uns Baarerinnen und Baarer. Ein grosser Schritt ist es für ihn, weil er jetzt nicht mehr nur im Dienst von uns Einwohnern von Baar steht, sondern sich als Kantonsrat künftig fürs Wohlergehen von allen Einwohnerinnen und Einwohnern aus dem ganzen Kanton Zug einsetzen darf. Für uns in Baar ist es ein kleiner Schritt, weil wir beruhigt feststellen dürfen, dass Thomas sich weiterhin auch für Baar einsetzen wird. Einfach auf der höheren Umlaufbahn des Kantonsrats. Apropos Umlaufbahn. Tatsächlich hat Thomas, das ist jedenfalls mein Eindruck, den RGPK mit der grossen Umsicht und Gelassenheit geführt, wie man das auch von einem Kommandanten einer Raumkapsel erwarten würde. Vor allem, wenn man im Baar-Universum umeinander herum manövrieren muss, wo jede Kommission auf einem eigenen Planet lebt und der Gemeinderat sich manchmal als Sonne und Mond gleichzeitig sieht.

Viel wichtiger als der vielleicht etwas gewagte Vergleich ist aber, dass Thomas Gwerder einer dieser Menschen ist, der sich stets unermüdlich und gut gelaunt für das Gemeinwohl einsetzt. Sei es in der Feuerwehr, sei es als Unihockey-Trainer, sei es als Fröschen-Zunftmeister, sei es als RGPK-Präsident oder eben als Kantonsrat. Und die Aufzählung ist noch nicht einmal vollständig. Darum sage ich Ihnen, wenn Sie jemanden für einen Dienst an der Allgemeinheit brauchen, dann fragen Sie nicht jemanden, der noch nichts gemacht hat, fragen Sie jemanden wie Thomas Gwerder, der sein Engagement schon unter Beweis gestellt hat und weiss, dass unser Milizsystem und das Baarer-Universum ganz besonders nur so funktioniert.

Da wir von der RGPK uns prinzipiell kurz und knapp, aber klar und wahr ausdrücken, möchte ich das Votum wie folgt abschliessen. Wir übrig gebliebenen RGPK-Mitglieder danken Thomas ganz herzlich für seine grossartige Führung, die wir geniessen durften. Und ich glaube, ich darf auch im Namen von allen Anwesenden einen grossen Dank aussprechen für all das, was er für Baar bisher schon geleistet hat. Wir wünschen ihm natürlich auch viel Freude und gutes Gelingen in seinem neuen Amt als Kantonsrat. Und wenn ich ehrlich bin, dann glaube ich nicht, dass Thomas sein politisches Wirken für die nächsten 15 Jahre nur dem Kanton widmen wird. Ich wage eine Prognose, dass er vielleicht nicht allzu lange gehen wird, bis wir ihm wieder in der Baarer Politik begegnen. Nochmal ganz herzlichen Dank, Thomas.

Walter Lipp

Besten Dank für die wunderbaren Worte von Daniel Eichenberger. Auch der Gemeinderat bedankt sich bei Thomas Gwerder für die 15 Jahre als Mitglied und 10 Jahre davon als Präsident ganz herzlich, für die gute Zusammenarbeit und alles, was Du gemacht hast. Es war immer eine Freude, mit Dir zum Wohl der Gemeinde zu diskutieren und Lösungen zu finden. Deine ruhige, besondere und kompetente Art wurde immer geschätzt und wir werden Dich vermissen.

Als Kantonsrat stellst Du aber Deine Fähigkeiten und dein breites Wissen weiterhin zur Verfügung. Dafür danken wir Dir. Nun wirst Du aber das Amt als Präsident der RGPK sowie Deine Herrschaft über die Frösche abgeben müssen. Wir wünschen Dir und Deiner Familie für die weitere Zukunft nur das Beste, viel Gesundheit und Wohlergehen und selbstverständlich gibt es auch ein Geschenk.

Thomas Gwerder

Ich danke Euch für das Geschenk. Ich danke Euch auch für die gute Zusammenarbeit in den letzten 15 Jahren. Es war für mich eine grosse Ehre, die RGPK in den letzten 10 Jahren anzuführen. Wie Dani ausgeführt hat, ist es einfach zu viel geworden. Es wäre zu viel gewesen, die Aufgaben für die RGPK und den Kantonsrat zu machen.

Ich freue mich jetzt sehr auf das Amt als Kantonsrat, das ich im Sommer angetreten habe. Ich werde das sicher im Dienst der Baarerinnen und Baarer und des Kantons machen. Es macht mir sehr viel Spass. Ich danke meinen Kollegen der RGPK für die gute Mitarbeit und die gute Zusammenarbeit. Sie sind immer auch für mich da, unterstützen mich, haben mich immer unterstützt. Dani gratuliere ich zur Wahl zum Präsidenten und danke für die netten Worte. Ich wünsche Ihnen allen schöne Festtage und alles Gute. Danke vielmals.

Walter Lipp

Es bleiben mir nur noch zwei Sachen zu sagen. Der Gemeinderat wünscht Ihnen und Ihren Lieben eine frohe Adventszeit, frohe Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr. Wünschen wir uns einfach zwei Sachen, dass wir gesund bleiben und unsere Gemeinschaft so stärken können.

Die Festivitäten im 2024 sind noch nicht fertig. Neben Weihnachten und Neujahr dürfen wir am Freitag, 20. Dezember 2024 die Landammannfeier für unseren Regierungsrat Andreas Hostettler ausrichten. Und zum Empfang sind Sie alle ganz herzlich eingeladen. Die Details können Sie der Baarer Zeitung entnehmen.

Selbstverständlich, da freut ihr Euch jetzt sicher alle drauf, gibt es auch dieses Jahr wieder ein Aperó. Und dazu sind Sie ganz herzlich eingeladen. Diskutieren Sie mit uns. Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Die Versammlung ist geschlossen.

Der Gemeinderat macht zuerst draussen ein Gesamtfoto für die Baarer Zeitung. Ich wünsche Euch allen zusammen eine gute Zeit. Bleibt gesund.

Für das Protokoll



Andrea Bertolosi
Gemeindeschreiberin

Baar, 21. Mai 2025 BEA/nust